Sonnabend, 25. November 1922. **Einzelnummer 60 Mark.** 61. Jahrgang. **Nr. 267.**

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Bezugspreis monatlich M.
in der Geschäftsstelle 1000.—
in den Ausgabestellen 1100.—
durch Zeitungsboten 1200.—
am Postamt .. 1320—
ins Ausland 600 deutsche M.

Fernsprecher: 2273, 3110.
Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.
Postscheckkonto für Polen: Nr. 200283 in Posen.
Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Erscheint an allen Werktagen.

Anzeigenpreis: f. d. Millimeterzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens ..... 40.—M. Reklameteil. 140.—M.
Für Aufträge aus Deutschland { Millimeterzeile im Anzeigenteil 15.— d. M. „ Reklameteil 50.— d. M.

Bei höherer Gewalt Betriebsstörung. Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Ist Deutschlands wirtschaftliche Gesundung möglich?

Es ist bekannt, daß Deutschland von Frankreich in Erfüllung der auferlegten Reparationspflicht Böswilligkeit vorgeworfen wird, weil Deutschland hierdurch den Friedensvertrag sabotieren wolle. Ja, es geht sogar so weit, daß die deutsche Regierung beschuldigt wird, den Marksturz aus obigen Gründen absichtlich herbeigeführt zu haben.

Zu einer solchen Behauptung gehört schon ein vom Chauvinismus vollkommen getrübter Verstand. Jede Regierung, und sei es die schlechteste, müßte die Folgen einer so rapiden Geldentwertung, wie sie sich jetzt in Deutschland zeigt, vorausgesehen haben. Sie hat zu vollkommener Verarmung und Verelendung des Volkes geführt und kann sich in ihren weiteren Folgen zu ernsten Unruhen, die die Republik gefährden, auswirken. Eine Republik, die einen derartigen Zustand absichtlich herbeiführt, würde die Vorarbeit für einen alles ruinierenden Bolschewismus geleistet haben, und einen solchen Vorwurf kann niemand ernstlich der deutschen Regierung machen.

Um sich von diesen Verdächtigungen zu reinigen, trat Anfang dieses Monats auf Anforderung der deutschen Regierung eine Anzahl internationaler Finanzsachverständiger in Berlin zusammen sie will die Finanzverhältnisse Deutschlands studieren und die Frage prüfen, ob unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine Stabilisierung der Mark möglich sei.

Als Sachverständige waren folgende Herren zugezogen: Prof. Keynes, Cambridge, Dr. Vissering, Präsident der Niederländischen Bank, Amsterdam, Prof. Cassel, Stockholm, Prof. Jenks, Newyork, Dubois, Präsident des Schweizer Bankvereins, Basel, Brand, Mitinhaber des Bankhauses Lazard Bros., London

Das sind alles Finanzsachverständige und Volkswirtschaftler, deren Ruf weit über ihre Landesgrenzen hinaus geht, denen gewiß niemand eine einseitige Beurteilung zu Gunsten Deutschlands vorwerfen kann.

Das Gutachten hat die deutsche Großpresse sehr beschäftigt und gipfelt vor allem darin, daß die deutsche Regierung an dem rapiden Marksturz und den damit bedingten gegenwärtigen Verhältnissen schuldlos ist. Der Friedensvertrag allein mit den einfach nicht zu erfüllenden Reparationsforderungen, d. h. Sachleistungen und Barzahlungen, sind Deutschlands Ruin Diese Lasten sind so riesenhaft, daß nicht nur das Ausland, sondern auch das Inland selbst das Vertrauen zu Deutschlands Zahlungsfähigkeit verloren hat. Aus diesem Grunde sind weder ausländische, noch inländische Anleihen erhältlich. Man fürchtet mit Recht, daß auch diese Summen verloren gehen müssen, wenn Deutschland nicht von den Lasten des Friedensvertrages befreit wird. Die Kommission hat festgestellt, daß bei einem Dollarkurs von 3500 der Goldbestand der Reichsbank mehr als doppelt so groß war als der Wert des Notenumlaufs, und daß es noch nie dagewesen, daß eine andere Währung mit einer solch großen ungenutzten Reserve zusammengebrochen ist, was eben nur aus Mangel an Vertrauen aus den oben angeführten Gründen eintreten konnte. Hieraus ergibt sich, daß die finanzielle Lage Deutschlands nicht so verzweifelt geworden wäre, wenn das allgemeine Vertrauen durch die Reparationslast nicht erschüttert würde und daß die Grundlage zu einer Besserung immer noch vorhanden ist, wenn diese Lasten auf ein vernünftiges, festes Maß beschränkt werden, und ein Moratorium gewährt wird.

In ursächlichem Zusammenhang mit dem erschütterten Vertrauen steht auch die passive Handelsbilanz und die schnell anwachsende schwebende Schuld.

Der Kommission sind von der deutschen Regierung 3 grundsätzliche Fragen zur Beantwortung vorgelegt worden:

1. Ist unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine Stabilisierung der Mark möglich?
2. Wenn „nein", welche Voraussetzungen müssen geschaffen werden, um eine Stabilisierung zu ermöglichen?
3. Welche Maßnahmen müssen zur Stabilisierung getroffen werden, sobald die Voraussetzungen vorliegen?

Die erste Frage, ob eine Stabilisierung unter den gegenwärtigen Verhältnissen möglich ist, wird mit einem glatten „nein" beantwortet, obgleich anerkannt wird, daß eine Stabilisierung eine Notwendigkeit ist, um Deutschland vor dem drohenden Zusammenbruch zu bewahren. Jeder Versuch würde zur nutzlosen Vergeudung der letzten Reserven Deutschlands führen, wenn Deutschland nicht für einige Zeit von den Lasten des Versailler Vertrages befreit würde.

Das ist also nach Ansicht der internationalen Sachverständigen Grundbedingung für alle weiteren Vorschläge.

Die Kommission stellte fest, daß ein Zahlungsaufschub für Sachleistungen und Barzahlungen auf mindestens 2 Jahre gewährt werden muß, und daß diese Zahlungen erst wieder aufgenommen werden können, wenn sie sich aus einem tatsächlichen Überschuß der Zahlungsbilanz schöpfen lassen und nicht aus neuen Inflationen (Notendruck) geleitet werden müssen. Wir möchten noch hinzufügen, daß auch diese Reparationsleistungen stabil gemacht werden, d. h. fest umgrenzt werden müssen, und nicht, wie es der Friedensvertrag vorsieht, je nach dem Wohlstand Deutschlands erhöht werden können.

Kann diese Vorbedingung erreicht werden, so hängt der Erfolg einer Stabilisierung ab:

von dem Gleichgewicht im Haushaltsetat,
von der äußeren Sparsamkeit in allen Staatsausgaben,
von einer aktiven Handelsbilanz.

Um letztere zu erreichen, ist es nach Ansicht der Kommission notwendig, daß die Gleichberechtigung Deutschlands im internationalen Handel, die ihm durch den Friedensvertrag genommen wurde, wiederhergestellt wird. Es muß in Deutschland wieder zugestanden werden, bei der Einfuhr von Luxusartikeln Zölle zu erheben und für die Ausfuhr Meistbegünstigung zu fordern.

Sind also diese Voraussetzungen gegeben, so würde das Vertrauen wieder hergestellt sein und Deutschland könnte aus eigener Kraft an die Stabilisierung der Währung herangehen.

Die zweite Frage: Wenn „nein", welche Voraussetzungen müssen getroffen werden, um eine Stabilisierung zu ermöglichen?, ist bereits durch die Beantwortung der ersten Frage zum größten Teil erledigt. Die Kommission begnügte sich nur noch mit einigen Feststellungen. Sie weist auf die Ursachen der großen Papiergeld-Inflation hin, die durch die Notwendigkeit der Beschaffung von Nahrungsmitteln und des großen Defizits des ordentlichen und außerordentlichen Reichshaushaltsetats veranlaßt wurde. Sie hebt ausdrücklich hervor, daß jede Inflation aus sich heraus zu einer neuen Inflation führt, da bei jeder Verminderung der Kaufkraft der Papiermark zur Ausführung der Geschäfte gleichen Umfangs ein erhöhter Betrag notwendig ist.

Die Ursachen des großen Defizits in der Zahlungs- und Handelsbilanz erklärt die Kommission wie folgt:

Das Defizit in der Handelsbilanz ist auf den Rückgang der Ausfuhr zurückzuführen, der mit der Verringerung der Produktionskraft infolge der gegenwärtigen Arbeitsbedingungen begründet wird. Ferner spielen hierbei äußere Ursachen (Dumping) eine Rolle. Um diese Einflüsse zu beseitigen, ist es notwendig, daß sich Deutschlands Konkurrenz normal gestaltet und nicht auf der Billigkeit seiner Waren beruht. Die gegenwärtige ungerechtfertigte Entwickelung der Einfuhr ist gleichfalls von großer Bedeutung.

Durch den Friedensvertrag und durch das sogenannte Loch im Westen ist Deutschland verpflichtet, gewisse Waren, auf deren Einfuhr es verzichten könnte, hereinzulassen. Es wird ausdrücklich hervorgehoben, daß es Deutschland unmöglich sein wird, die Einfuhr ernstlich zu überwachen und wirksam zu beschränken, wenn dieser Zustand bestehen bleibt.

Sodann wird festgestellt, daß die Einfuhr von Kohlen eine Folge der Verpflichtungen zu Kohlenlieferungen an die Alliierten ist, und die Passivität der Handelsbilanz bestehen bleiben wird, wenn der Friedensvertrag in dieser Hinsicht keine Änderung erfährt.

Von besonderem Interesse ist die Feststellung der Kommission, daß ein allzu scharfes Anziehen der Steuerschraube die Kapitalflucht herausfordert und ihr selbst durch die drakonischen Maßregeln nicht völlig begegnet werden kann.

Bekanntlich verlangt Frankreich die schärfsten Mittel gegen die Kapitalflucht und Anziehen der Steuerschraube bis aufs äußerste. Man sieht also, was für ein Widersinn in diesem Verlangen liegt.

Zur Lösung der zweiten Frage: welche Maßnahmen müssen zur Stabilisierung getroffen werden, sobald die Voraussetzungen vorliegen? werden folgende Maßregeln für wünschenswert gehalten:

Da die Papiermark ihren Wertmesser vollkommen verloren hat, muß ein neuer Wertmesser in Gestalt einer neuen Goldmark geschaffen werden. Es müßte also angesichts der eingetretenen Verarmung der gesamten Volkswirtschaft zur Erleichterung der Umrechnung eine kleinere Münzeneinheit gewählt werden, z. B. $^{1}/_{40}$ Pfund, oder $^{1}/_{2}$ Sh. oder $^{1}/_{10}$ Dollar. Es wird vorgeschlagen, diese Einheit „neue Goldmark" zu nennen.

Zur Durchführung der Stabilisierung wird empfohlen, eine selbständige Organisation, eine Aktiengesellschaft „Geldbank" mit einem von der Reichsbank zur Verfügung gestellten Grundkapital von 100 Millionen zu gründen. Ohne erheblichen Auslandskredit von schätzungsweise 500 Millionen Goldmark kann die Stabilisierung nicht durchgeführt werden. Natürlich müßte die Reichsbank auch hier mit ihrem Goldbestand Sicherheit bieten.

Dieses Gutachten der Internationalen Kommission von Finanzmännern und Volkswirtschaftlern von Weltruf ist von außerordentlichem Wert und gipfelt darin, daß Deutschland nur gesunden kann, wenn die Lasten des Friedensvertrages gemildert werden und die Erfüllung einige Jahre vollkommen ausgesetzt wird.

Es bleibt abzuwarten, ob die Ententemachthaber auch an dieser Feststellung achtlos vorübergehen werden. Wie eng das europäische Wirtschaftsleben mit Deutschland verbunden ist, hat sich in den letzten Monaten mit Deutlichkeit gezeigt. Nicht nur die polnische, sondern sogar die belgische und die französische Valuta sind stark in Mitleidenschaft gezogen worden. Hoffen wir, daß auch im Interesse Polens die europäischen Staaten ihren Einfluß auf Frankreich zur Rückkehr zur Vernunft geltend machen werden.

Scharfe Stellungnahme von Witos gegen die „Chjena".

Der Abg. Witos hat im Tarnower Blatt „Lud Polski" einen Artikel veröffentlicht, in dem er die gegenwärtige politische Lage charakterisiert und dabei dem Nationalblock den Vorwurf macht, daß er durch seinen Wahlkampf zwischen der Rechten und der Linken **auf Jahre hinaus einen Abgrund** gegraben habe, daß infolge der Wahlkampagne der Liste 8 die Zentrumsparteien aufgerieben worden seien und weder Skulski noch die Stadtbürgerpartei in den Sejm eintreten, dafür aber ungefähr 100 Juden, Deutsche Ruthenen und 163 Abgeordnete des Nationalblocks. Werden vielleicht die Leute der „Chjena" schließlich die Mehrheit zustande bringen, an deren Mangel der Staat seit Anbeginn seines Bestehens leidet? Haben sie den Grund für sie vorbereitet oder werden sie ihn vorbereiten? Nein. Sie haben alles getan, daß sie nicht zustande komme. Sie haben den Leuten der Linken, ja sogar den ganzen Parteien Abkehr von Ehre, vom Glauben und Patriotismus vorgeworfen. Sie haben diejenigen, die jetzt mit ihnen mitarbeiten sollen, bespieen und beschmutzt. Das Volk wartet auf ihre Taten, warten auch wir darauf, was sie zu tun verstehen, die keinen Geifer gespart haben, um uns ohne jeden Grund zu bespeien. Diese Bemerkungen halte ich an der Zeit niederzuschreiben wegen der über meine Haltung umherirrenden Gerüchte.

Ein vorurteilsloser polnischer Abgeordneter.

Der Abg. Rataj (Wyzwolenie) hat in einer Unterredung erklärt, daß die künftige Regierung seiner Meinung nach eine parlamentarische und eine Koalitionsregierung sein müsse „Polen braucht eine Regierung, die sich auf eine ständige Mehrheit im Sejm stützt und nicht von Ereignis zu Ereignis entsteht." Bezüglich des Minderheitenblocks ist der Abg. Rataj frei von Vorurteilen und hat **nicht die Absicht, in jedem Mitglied des Minderheitenblocks einen Feind des Staates und des polnischen Volkes zu sehen.**

Ein deutscher Volksrat für Kongreßpolen.

Nach einer Meldung der „Lodzer Freien Presse" fand am Sonntag im Lodzer Zentralkomitee eine ordentliche Sitzung statt, die vom ersten Vorsitzenden Dr. W. Fischer geleitet wurde. Der Sitzung wohnten alle 5 Sejmabgeordneten Kongreßpolens sowie der deutsche Senator bei. Nachdem die Niederschrift der letzten Sitzung verlesen und angenommen worden war, schritten die Anwesenden zur Beratung über den einzigen Punkt der Tagesordnung: Schaffung eines deutschen Volksrates.

Der Generalsekretär verlas die vom Sejmabgeordneten Kronig, Dr. W. Fischer, Pastor Schedler ausgearbeiteten zeitweiligen Satzungen des Rates, die mit verschiedenen Abänderungen angenommen wurden. Nach diesen Satzungen besteht der Volksrat aus sämtlichen Abgeordneten und dem Senator, den deutschen Hintermännern der Sejm- und Senatslisten, aus je zwei Vertretern der Wahlbezirke, die keine deutsche Kandidaten aufgestellt oder durchgebracht haben, sowie aus Vertretern aller Landteile Kongreßpolens, die deutsche Bevölkerung besitzen. In den Vollzugsausschuß des Rates können auch Herren gewählt werden, die nicht inmitten der Wahlarbeit gestanden, sich jedoch um die deutsche Sache verdient gemacht haben. Beschlossen wurde, diesem Rat vorläufig den Namen „Deutscher Volksrat Kongreßpolens" zu geben und in nächster Zeit eine Tagung einzuberufen, in welcher der endgültige Name festgelegt und die Satzungen zur Bestätigung unterbreitet werden sollen, worauf die Tätigkeit des Rates aufgenommen wird.

Neuorientierung eines jüdischen Blattes.

Der Warschauer „Nasz Kurjer" dessen Politik gegen den Block der nationalen Minderheiten gerichtet war, ist in zionistische, also dem Block freundliche Hände übergegangen. Die bisherigen Redakteure scheiden aus dem Blatte aus.

Die Regierungskombination des Nationalblocks.

Der „Kurjer Poranny" meldet, daß sich der Nationalblock mit der Absicht trägt, für den Fall einer Vereinigung mit den Volksparteilern folgende Regierungskombination zu verwirklichen: Skirmunt, Präsident der Republik, Leon Pluciński, Ministerpräsident, Kasznica, Innenminister, Stanisław Grabski, Außenminister. Die Besetzung eines hervorragenden Postens mit Korfanty, dem einst so hochgepriesenen, ist also nicht in Aussicht genommen.

Polen und die Lausanner Konferenz.

Warschau, 22. November. Die Warschauer Presse bespricht lebhaft die Meldung des „Temps", die Polens Wunsch auf Teilnahme an der Lausanner Konferenz als Ausfluß einer kriegslustigen Politik erscheinen läßt, indem Polen betont, daß Rumänien leicht gegen die Türken zu den Waffen greifen könnte und Polen dann infolge des Bündnisses mit Rumänien ebenfalls eingreifen müßte. Der „Kurjer Polski" erfährt demgegenüber aus diplomatischen Kreisen, daß Polen in dieser ganzen Angelegenheit friedliche Tendenzen stark betont und daß es ihm nur darum gehe, als vollberechtigter Konferenzteilnehmer, nicht allein zur Information, zugelassen zu werden.

Verbot deutscher Zeitungen.

Nach einer Anordnung der zuständigen Behörden ist die Einführung und Verbreitung folgender in Deutschland erscheinenden Zeitungen in Polen verboten: „Neue Preußische Zeitung" („Kreuzzeitung") und der „Vorwärts".

Abbruch der deutsch-polnischen Verhandlungen in Dresden.

Wie der „Dziennik Poznański" erfährt, sollen die deutsch-polnischen Verhandlungen in Dresden abgebochen worden sein. Der „Dziennik Poznański" versieht diese Meldung mit folgendem Kommentar: Daraus würde hervorgehen, daß das Außenministerium aus durchaus unverständlichen Gründen diese Nachricht vor der polnischen Oeffentlichkeit verbirgt. Der Abbruch, zum mindesten aber die Aufschiebung, der deutsch-polnischen Verhandlung soll infolge seiner grundsätzlichen Meinungsverschiedenheit beider Delegationen über die Frage der deutschen Optanten in Polen erfolgt sein. Und wie anzunehmen ist, ging es der deutschen Delegation gewiß auch darum, die Frage der Liquidation für Deutschland günstig zu erledigen. Wenn man auf Grund von gewissen wenn auch nur bruchstückartigen und nicht sehr genauen Mitteilungen urteilt so verdient die Haltung der polnischen Delegation vom Standpunkte der polnischen Interessen, wie sie der „Dziennik" versteht, billigt zu werden.

Republik Polen.

Beratungen über Aus- und Einfuhrpolitik.

Die im Zentralverband der polnischen Industrie, des polnischen Bergwesens, des Handels und der Finanzen organisierten Wirtschaftskreise haben dem Handelsrat beim Ministerium für Handel und Industrie ihre Forderungen auf dem Gebiete der Ein- und Ausfuhrpolitik mitgeteilt. Hinsichtlich der Ausfuhrpolitik stehen die wirtschaftlichen Kreise mit Rücksicht auf die notwendige Verbesserung der Handels- und Zahlbilanz und des damit verbundenen Kurses der Papiermark grundsätzlich auf einem liberalen Standpunkte. Ausfuhrverbote, die nur Rohstoffe umfassen können, die im Lande gebraucht werden, und deren Produktion im gegenwärtigen Augenblick nicht vergrößert werden kann, sowie Lebensmittel, deren Mangel auf dem Inlandsmarkt unzweifelhaft ungünstige soziale und wirtschaftliche Folgen haben würde, müssen auf eine gewisse Zeit im Prinzip absolut angewandt werden. Für den Fall, daß sich dieser Grundsatz nicht aufrechterhalten lasse, wie z. B. auf dem Gebiete der Ausfuhr von Lebensmitteln, erkennen die wirtschaftlichen Kreise die Notwendigkeit der Reglementierung auf dem Wege von Ausfuhrgenehmigungen, die größeren sozialwirtschaftlichen Organisationen im Rahmen von Kontingenten erteilt werden, an. Ein weiteres Postulat der wirtschaftlichen Kreise ist die Regelung der Ausfuhr durch wechselbare Ausfuhrabgaben, durch die ein Teil vom Gewinn des Exporters dem Fiskus zugute kommt. Bezüglich des Transports stellt der Zentralverband der polnischen Industrie, des polnischen Bergwesens, des Handels und der Finanzen die Forderung auf, die Ordnung für dieselben Waren zu vereinheitlichen, unabhängig davon, ob sie nach dem Auslande ausgeführt werden oder für den Verbrauch im Inlande bestimmt sind. Bezüglich der Einfuhrpolitik erklärt sich der Verband angesichts des bestehenden Konzepis automatischer Multiplikatoren, die, sei es in Abhängigkeit von dem Marktpreis der Ware, sei es nach dem Kursunterschied des Papiergeldes zum Golde geregelt werden, für die zweite Methode, da bei der ersten angesichts der langen Prozedur eine verspätete Maßnahme jegliche Existenzberechtigung verlieren würde.

Warschau, 24. November. Am Donnerstag vormittag fand im Ministerium für Handel und Industrie eine Pressekonferenz statt in der Minister Straßburger in längeren Ausführungen die Ein- und Ausfuhrpolitik der Regierung besprach. Die Einfuhrbeschränkungen betreffen gegenwärtig nur 18 Artikel, während die Ausfuhrbeschränkungen weitergehen. Sie betreffen die im Lande notwendigen Rohstoffe und Lebensmittel, deren Ausfuhr nur in Ausnahmefällen gestattet ist, wenn ein Überschuß an dem betreffenden Artikel vorhanden ist, wie z. B. an Kartoffeln. Die Handelsbilanz Polens verbessert sich von Monat zu Monat. Im verflossenen Jahre bildete der Wert der Ausfuhr einen kleinen Bruchteil des Einfuhrwertes. Gegenwärtig sind die beiden Werte fast einander gleich. Nach Meinung des Ministers Straßburger ist es möglich, daß in nicht allzulanger Zeit die polnische Handelsbilanz ins Gleichgewicht kommt.

Beratungen über Eisenbahnneubauten.

Am 18. d. Mts. fand im Eisenbahnministerium unter dem Vorsitz des Professors Steczewicz die dritte Sitzung des Eisenbahnneubautenkomitees des Staatseisenbahnrates statt. Das Komitee hat die vom Eisenbahnministerium in Oberschlesien begonnenen Arbeiten hinsichtlich der Schaffung von neuen Eisenbahnverbindungen und des Ausbaues der Grenzstationen sowie die im Zusammenhang damit geplante Vergrößerung der Leistungsfähigkeit einiger Eisenbahnabschnitte der Direktionen von Warschau, Radom und Krakau als sehr dringend erachtet. Unabhängig von der Durchführung der erwähnten Arbeiten hat das Komitee es für notwendig erkannt, im Jahre 1923 an den Bau einer Kohlenlinie aus dem Kohlengebiet über Czenstochau nach Zduńska Wola heranzutreten. Durch den Bau dieser Linie wird eine neue Verbindung Warschaus mit dem Kohlengebiet über Lodz und Lowicz geschaffen. Ferner hat das Komitee die Eisenbahnlinie Herby—Wieluń—Wieruszów als sehr wichtig erkannt, da sie der oberschlesischen Kohle unmittelbaren Transport nach dem Posener Gebiet unter Umgehung der Stadt Kreuzburg, die jenseits der polnischen Grenze liegt, gewährleistet. Darauf hat der Ausschuß Anträge der Eisenbahnratsmitglieder Steczewicz und Rybicki über die Grundsätze der Konzessionen für den Bau und die Ausbeutung der privaten Eisenbahnen erörtert. Da die Festlegung dieser Grundsätze für die Entwicklung des privaten Eisenbahnwesens in Polen von großer Bedeutung ist, hat das Komitee nach lebhafter Diskussion einen Ausschuß gebildet, der außer dem Vorsitzenden aus dem Professor Stelmachowski und den Ingenieuren Rybicki, Krzyzanowski und Gerlicz besteht. Dieser Ausschuß soll die Konzessionsfrage prüfen und dann dem Komitee über das Ergebnis seiner Beratungen Bericht erstatten. Die vom Komitee angenommenen Anträge werden noch in der nächsten Vollsitzung des Eisenbahnrates vorgelegt werden.

Erhöhung der Streichholzsteuer.

In Nr. 99 des „Dziennik Ustaw" vom 18. d. Mts. ist eine Verfügung veröffentlicht, auf Grund deren die Streichholzsteuer von 2 Mk. auf 6 Mk. für die Schachtel mit einem Inhalt von nicht mehr als 60 Streichhölzern erhöht wird. Die vor dem Tage der Veröffentlichung dieser Verfügung ausgekauften Banderolen werden zu dem bisherigen Preise nach dem Tage der Veröffentlichung zum Aufkleben auf Streichholzschachteln nach vorheriger Zuzahlung der Differenz zwischen der bisherigen und der erhöhten Steuerquote benutzt werden können. Nach der bisherigen Steuerhöhe besteuerte Vorräte, von Streichhölzern, die sich im Gebiete der Republik in Läden und Handelslokalen befinden oder am Tage des Inkrafttretens dieser Verfügung auf dem Transport befanden und die Zahl von hundert normalen Streichholzschachteln, d. h. solche mit einem Inhalt von nicht mehr als 60 Streichhölzern, überschreiten, unterliegen der Anmeldung und einer Nachbesteuerung von je 4 Mk. für die Schachtel.

Vereinheitlichung der Kohlensteuer.

In Nr. 99 des „Dziennik Ustaw" vom 18. d. Mts. ist eine Verfügung über die Vereinheitlichung der Kohlenbesteuerung im Gebiete der Republik veröffentlicht. Auf Grund dieser Verfügung wird die Gültigkeitskraft des gegenwärtig in Oberschlesien gültigen deutschen Gesetzes über die Kohlensteuer vom 8. April 1917 auf das ganze Gebiet der Republik ausgedehnt. Die Steuer in Höhe von 40 % des Wertes bezw. des Preises der Kohle wird wie folgt ermäßigt:

1. Für Steinkohle aus dem Dombrowoer Kohlengebiete außer der sogenannten Abraumkohle auf 20 %.
2. Für Steinkohle aus dem Krakauer Kohlengebiete und die sogenannte Abraumkohle aus dem Dombrowoer Kohlengebiete auf 12 %.
3. Für Braunkohle aus allen Kohlengruben der Republik außer der schlesischen Wojewodschaft auf 5 %.

Der Getreidepreis als Maßstab für Steuern.

„Gazeta Poranna" meldet: In den einzelnen Abteilungen der Steuerverwaltung des Finanzministeriums sind jetzt die Arbeiten zur Festlegung der Grundsätze für die Anpassung der Steuern an den jeweiligen Stand der polnischen Valuta beendet worden. Unter anderem ist beschlossen worden, daß die Festsetzung der Steuern vierteljährlich oder halbjährlich entsprechend dem Marktpreise des Getreides stattfinden soll, nach dessen Stande sich die Höhe der Steuern richtet. Weil die Steuern nur sehr langsam eingehen, arbeitet das Finanzministerium ein Spezialgesetz betreffend Zinsen und Strafen für den Verzug wie die Kosten für die Exekution aus, die für faule Steuerzahler sehr hoch sein werden.

Wojewodschaft Schlesien.

Ein Ansiedlungsamt für Oberschlesien.

Wie der „Oberschl. Kurier" aus maßgebender Quelle erfährt, ist zur Zeit die Frage noch nicht geklärt, ob in Oberschlesien ein Kreisgericht für Ländereien oder ein Ansiedlungsamt zu errichten ist. Zu diesem Dilemma kam noch durch die Bestimmung der Genfer Konvention, wonach in Oberschlesien für die Kolonisation das deutsche Recht maßgebend ist: danach aber eine Landreform ausgeschlossen. Für Teschen-Schlesien wird wahrscheinlich das polnische Gesetz zur Landreform angewendet werden. In dieser Beziehung werden mit den Zentralbehörden noch Unterhandlungen geführt. Es geht aber das Bestreben der Behörden dahin, daß die Landreform für beide Teile gleichartig gelöst werde. Es sind in Polnisch-Oberschlesien 12 Staatsdomänen: Kopciowitz, Solce mit Vorwerk Sciern, das vom Hauptbesitz abgetrennt und der Kolonisationskommission verpachtet wurde zur Vergebung an polnische Flüchtlinge aus Deutschland, Stanowitz, Gottartowitz, Groß-Wanilowitz, Ober-Jastremb, Nieder-Wilza, Dreilinden, Psirzonsna, Bielitzhof, Brodek, Rzuchow. Sämtliche Domänen sind an 4500 Hektar groß; der staatliche Waldbesitz umfaßt an 2200 Morgen, die hauptsächlich in den Kreisen Rybnik und Lublinitz liegen.

Bevorstehende Aufhebung der Schulverordnung vom 21. August 1922.

„Kurjer Warszawski" teilt aus Kattowitz mit, daß der Vorsitzende der Gemischten Kommission für Oberschlesien, Calonder, der Frage der Errichtung der Schulen für die nationalen Minderheiten große Beachtung schenkte, nicht ohne entscheidenden Einfluß wird in dieser Richtung der endgültige Beschluß des Schlesischen Landtages sein, der die Verordnung des Wojewoden in der erwähnten Materie aufhebt.

Erzbistum Kattowitz.

Warschau 23. November. Der Papst hat den polnischen Wünschen entgegenkommend, beschlossen, Ostoberschlesien nunmehr hierarchisch von Deutschland zu trennen, indem er dieses Gebiet vom Breslauer Fürstbistum loslöste und ein neues Erzbistum mit dem Diözesensitz Kattowitz begründete. Die Einsetzung des Bischofs hängt von dem noch nicht abgeschlossenen Konkordat in Polen ab. Vorläufig ist D. Augustin Hloond, Mitglied des Salesianerordens, zum Administrator eingesetzt.

Eine bewegte Sejmsitzung.

Die 12. Sitzung des Schlesischen Sejm fand am 21. November statt.

Nach Eröffnung der Sitzung ergriff Abg. Korfanty das Wort in der bereits angekündigten

Angelegenheit mit dem deutschen Generalkonsulat Kattowitz,

von wo aus eine Person sich erlaubt haben sollte, die Wojewodschaft um die Beglaubigungsschreiben der Sejmabgeordneten zu mahnen. Abg. Korfanty erklärt, daß sich der Abg Szczeponik dies erlaubt hätte und er rate ihm, daß er sich von den deutschen Behörden abwenden sollte, man könnte sonst Landesverrat dabei finden, wie das früher so war unter preußischem System. Abg. Szczeponik klärte die Sache dahin auf, daß es ihm darum zu tun gewesen sei, zu erfahren, wann die erste Sejmsitzung stattfinden werde, ob er denn teilnehmen könne, weil noch keine Beglaubigungsschreiben ausgegeben seien; er habe sich sofort als Szczeponik gemeldet, der Auskunft haben wollte, möglich, daß das Telephonfräulein das Gespräch für das Deutsche Generalkonsulat Kattowitz angemeldet habe. Er fühle sich schuldlos, sein Vorgehen könne keinesfalls als Landesverrat angesehen werden; außerdem habe er sich schriftlich erklärt. Abg. Korfanty: Dennoch gebe ich Ihnen den freundschaftlichen Rat, nicht das Telephon einer reichsdeutschen Behörde zu benützen, wenn Sie an polnische Behörden telephonieren. Abg. Szczeponik: Ich stehe nicht unter Polizeiaufsicht und Sie haben mir keine Anordnungen zu machen. Die letzten Worte der beiden Abgeordneten waren ziemlich scharf gesprochen.

In die Tagesordnung eintretend sprach Abg. Matheja (poln. Block) zum Gesetz über die Funktionen des Wojewodschaftsrates: Das organische Statut der Wojewodschaft Schlesien fordert in Art. 34 von den Mitgliedern des Wojewodschaftsrates den Eid. In Übereinstimmung mit diesem Artikel ist ein Dringlichkeitsantrag von den Klubvorsitzenden eingegangen, der die

Eidesformel

in folgender Weise vorschlägt: „Ich schwöre bei Gott dem Allmächtigen usw." In der Sitzung vom 10. November hat die Rechtskommission Abs. 2 von Art. 1 behandelt und mit Stimmenmehrheit beschlossen, dem Plenum die Streichung des Abs. 2 vorzuschlagen. Abs. 2 sollte den Atheisten ermöglichen, den Eid ohne Berufung auf Gott zu leisten. Die Kommission war jedoch der Ansicht, daß der Eid ohne Berufung auf Gott seinen Charakter verliert und dann die Forderung von Art. 34 des organischen Statuts nicht erfüllt wird. Zu dem Beschluß der Kommission haben auch die Argumente beigetragen, daß bei Streichung von Abs. 2 keineswegs irgendeine Partei oder ein Religionsbekenntnis von der Zugehörigkeit zum Wojewodschaftsrat ausgeschlossen wird. Der Katholik, Protestant und Jude, ja sogar jede Partei, die Sozialisten nicht ausgeschlossen, kann zu Gott schwören. Denn die Sozialisten sagen nicht etwa die Unwahrheit, wenn sie die Losung vertreten, daß der Glaube eine Privatsache ist. Sie werden, so hoffe ich, immer einen Menschen in ihrer Mitte finden, der wenn auch nur ein Fünkchen Gottesglauben besitzt und sich vor ihm verantwortlich fühlen wird. Die Streichung des Absatzes ist lediglich gegen die wirklichen Atheisten gerichtet. So viel bekannt ist, wird von deutschen und polnischen Gerichten nur ein Eid mit Berufung auf Gott anerkannt. Der Abgeordnete Matheja tritt entschieden für den religiösen Eid ein, kommt dann aber aufs parteipolitische Gebiet und entwickelt auch persönliche Ansichten, weshalb er vom Sejmmarschall unterbrochen wird. In der weiteren Begründung der Vorlage kommt es wieder zu Zusammenstößen zwischen den Abgg. Korfanty und Rumfeldt (P. P. S.).

Abg. Szczeponik macht längere Ausführungen für den religiösen Eid; nach seinen Ausführungen beschließt die Mehrheit, daß es beim religiösen Eide bleibt, ohne den Atheistenzusatz.

Der nächste Beratungspunkt verlangte

sofortige Hilfe für Beamte und Angestellte der Wojewodschaft Schlesien.

Referent war Abg. Korfanty. Es wird verlangt: den Beamten und Angestellten im oberschlesischen Teil der Wojewodschaft Schlesien werden ab 1. November 1922 Ausgleichszulagen bewilligt, welche monatlich zugleich mit den Dienstbezügen zahlbar sind. Die Höhe des Ausgleichszuschlages setzt der Wojewode auf Grund des Unterschiedes zwischen dem Einkommen,

Danziger Frühkurse vom 24. November.

Die polnische Mark in Danzig....... 43½
Der Dollar in Danzig 6575
Tendenz: fester.

Amerikanisches Copyright 1920 bei Carl Duncker, Berlin.

Sidi Marik.

Roman von L. vom Vogelsberg.

(4. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„O Herr, daß Allah Dir ein langes Leben schenke; aber Du wolltest mir doch das Doppelte geben!" Sidi Marik betrachtete den langen Fellata ungerührt. „Es sei Dir geschenkt, Isani; wenn Du aber Deinen Rücken für breit genug hältst …"

„O Herr, Du bist grausamer als der große Herr des Beled, als Asad, der Löwe. An Geld wolltest Du mir das Doppelte geben, nicht Prügel."

„Geld habe ich nicht, aber Prügel genug," sagte Sidi Marik trocken, „Du kannst sogar die dreifache Menge haben. Du hast mehr bekommen, als Dir zusteht." Isani zog sich gekränkt zurück, um gleich darauf in sicherer Entfernung seinen Leidensgenossen zu erzählen, daß Sidi Marik nicht so dumm sei, wie er aussehe.

„Der Allmächtige und Allbarmherzige will nicht, daß der Fremdling übervorteilt werde," warf bescheiden und doch voll Zuversicht ein anderer ein, dessen Gesicht nur allzu deutlich auf Papa oder Mama Nigger hindeutete.

„Darum nimm Deine Beine unter den Arm und fleuch von hinnen, Moho, sonst könnte ich mich in einer Weise freigebig zeigen, die gerade Dir nicht paßte." Es ging schon auf Mitternacht, als das Geschäft endlich erledigt war. Sidi Marik erhob sich müde wie ein Hund. Er hatte sich nicht übers Ohr hauen lassen und dennoch mit Backschisch nicht gegeizt. Warum auch nicht? Die Leute waren willig gewesen, so gut es eben ging und ihr Anspruch nicht groß. Ein paar Kröten mehr, machten sie glücklich, manchen glücklicher wie einen Weißen das große Los. Er verabschiedete sich herzlich von den Gefährten der letzten Wochen, ging noch einmal an die Feuerstätten, fast träumend vor Müdigkeit und tauschte noch ein paar Grüße. Die Träger wollten schon vor Sonnenaufgang nach der Heimat aufbrechen. Sie wunderten sich freilich, daß der Transport nicht bis zum nächsten französischen Grenzposten ging, aber schließlich konnte es ihnen selbst so nur recht sein. Abseits vom lauten Volk der „Nigger" hatten die Feinde vom Morgen ihr Feuer. Sie lagen in den Burnus eingewickelt und schliefen den Schlaf des Gerechten. Ihre Angst um das Leben war in dem Augenblick vorbei, in dem Sidi Marik sie freigesprochen hatte und ihr Stoizismus erlaubte ihnen nicht, auch nur eine Sekunde des gesunden Schlafes philosophischen Erwägungen über das zu opfern, was hätte sein können. Es rührte sie auch nicht, daß trotz aller Gastfreundschaft ein paar Leute der Beni Humajun mit ihren langen Flinten sich hier und da niedergelassen hatten. Die Gastfreundschaft war zwar unverbrüchlich heilig, aber deshalb nicht auch immer das Eigentum anderer. Sidi Marik lachte bei dem Gedanken. Noch einmal strich Sidi Marik mit forschenden Augen bis an die Zelte hinunter, dann ging er seufzend in seine eigene Behausung aus Kameelhaartuch. Und vor dem Eingang kauerte sich leise Salih Dschemal vom Stamm der Beni Humajun und hütete den Schlaf des Gastes.

Die Beni Humajun hatten einen höchst fatalen Ruf in der ganzen Regentschaft, und er wurde um so schlechter, je mehr man sich der Küste näherte. An Ort und Stelle aber erwiesen sich die Wüstensöhne als recht umgängliche Menschen. Keine schuldlosen Lämmer freilich und in ihren Anschauungen vielfach erheblich von denen Mitteleuropas abweichend. Aber gerade die meisten dieser Abweichungen stellten sich immer mehr als recht vorteilhaft heraus. Holger Mark war auf seiner abenteuerlichen Fahrt doch immer noch Neuling und Weltenbummler gewesen, den ein brennender Durst nach Neuem und nach Erkenntnis in dieses Land getrieben hatte. Hier, unter den Beni Humajun begann er auf einmal das Wesen von Land und Volk tiefer zu erfassen. Noch zu sehr befangen in den Anschauungen seiner Heimat, kostete es ihn anfänglich Mühe, sich in das Denken und Fühlen eines Volkes einzuleben, das ihm seinem Wesen nach eigentlich längst nicht mehr fremd war. Er sah das Schöne und Edle gewissermaßen durchblinken, er bedurfte aber der Zeit und Muße, es seinem Fühlen anzupassen. Vielleicht hätte er seine abenteuerliche Fahrt längst wieder fortgesetzt, aber ihn hielt eine Person fest, der er sich fast wider Willen mit schwärmerischer Sympathie zugewandt hatte. Diese Persönlichkeit war der Schech Mohammed el Walid. In manchen Augenblicken schämte sich Holger Mark dieser fast lächerlichen Verehrung, aber er konnte sich doch nicht dem eigenartigen Zauber entziehen, der von dem Wesen dieses alten Wüstenherrschers ausging. Alles an diesem scheinbar aus uralter Zeit in die Gegenwart hineinragenden Patriarchen war Bescheidenheit und Majestät zugleich. Er trat auf wie ein Bettler und handelte wie ein König, aber wie ein geborener König. Jede Pose ging ihm ab, ebenso jede Herrschsucht, jeder gemeine Gedanke. Sein Anstand, das unfaßbar vornehme Wesen des alten Mannes waren die Folge einer jahrhundertelangen Erziehung im Verein mit angeborenen Kräften. Ihm, der nie eine taktlose Frage stellte, der nie neugierig war, hatte Holger Mark seine Herkunft verraten unter vier Augen. Schech Mohammed war weder erstaunt noch erzürnt. Sein Verhalten gegen den Fremden änderte sich weder merklich noch unmerklich, weder im Augenblick noch nach Monaten. Holger Mark blieb immerfort der geheiligte Gast.

Und dann war noch der Sohn des Schechs da. Said Ibrahim el Asad, der Beherzte. Derselbe Anstand, dieselbe Würde wie bei dem Vater nur ins Liebenswürdigere, Geschmeidigere übertragen und fast immer durch ein gewinnendes Lächeln betont. Er und Holger Mark wurden gute, ja die besten Freunde. Er konnte den Namen des Fremden nicht aussprechen. So prägte er ihn auf Sidi Marik. Der Moslem braucht lange Zeit zum Prüfen und Überlegen. „Die Eile ist vom Teufel, die Weile ist von Gott". Monate lang war Holger Mark Gast in den Zelten der Beni Humajun, und bald merkte er die scharfe Betonung dieses Nur-Gast-seins. Er durfte verlangen, was er wollte, aber er gehörte noch nicht zur Familie.

(Fortsetzung folgt.)

welches nach den deutschen Gesetzen ausgezahlt wird, nach Umrechnung derselben in polnische Valuta nach dem Durchschnittskurs der polnischen Mark im Verhältnis zur deutschen in der Zeit vom 1. bis 20. jedes vorhergehenden Monats und dem Einkommen, welches der Angestellte nach den Normen polnischer Gesetze erhalten würde, fest, wobei zu berücksichtigen ist, ob der Angestellte ledig oder verheiratet ist und Familie hat. Bei der Berechnung der Ausgleichszuschläge wird bei den Gehaltsbezügen nach deutschem Gesetz die auf Grund des schlesischen Gesetzes vom 3. November 1922 Dz. Ust. S. 31 Poj. 114 bewilligte 40prozentige Wirtschaftszulage nicht berücksichtigt. Die bisherigen Ortsklassen A bis E des deutschen Gesetzes vom 13. Januar 1922, welches durch die Verordnung vom 3. März 1922 abgeändert worden ist, werden aufgehoben und nur zwei Klassen eingeführt. Zu Klasse 1 gehören die bisher zu Klasse A und B gehörigen Ortschaften, alle anderen Ortsklassen kommen in Klasse 2. Abg. Szczeczonik tritt für diese Erhöhung ein, bittet aber um Auskunft, warum für die Witwen und Waisen bisher nichts getan worden sei. Es gebe Rentenempfänger, die monatlich 700 Mark beziehen. Ich bitte dringend, sogleich etwas für die Ärmsten der Armen zu tun; ich bitte den Sejm, uns zu sagen, woran es liegt, daß bisher nichts geschehen sei.

Abg. Adamek (P. P. S.) ergreift sodann das Wort und meint, daß bezüglich der Aufbesserungen der Sejm nicht seine Pflicht tue. Es müßten die

Betriebsräte kommen und den Sejm auseinanderjagen.

Sofort fällt ihm der Sejmmarschall ins Wort und ruft ihn zur Ordnung. Adamek erklärt, er habe die Abgeordneten gemeint, die ihre Pflicht nicht tun. Darauf entzieht der Marschall dem Redner das Wort und als er sich noch weiter erklären will, ruft der Sejmmarschall mit lauter Stimme: Sie haben mit Gewalt dem Sejm gegenüber gedroht, bedenken Sie die Folgen ihrer Worte; Sie werden hiermit von der weiteren

Sejmsitzung ausgeschlossen,

so wie es die Sejmordnung verlangt. Adamek protestiert hiergegen. Sejmmarschall Wolny: Ich nehme die volle Verantwortung auf mich. Damit zieht Abg. Adamek ab, nachdem er etwas umständlich sein Sitzungsmaterial zusammengenommen hat. Abg. Machaj spricht gegen den Ausschluß des Kollegen Adamek. Abg. Korfanty verliest die Bestimmungen über den Ausschluß. Danach hat Adamek das Beschwerderecht an das Plenum zu Händen des Sejmmarschalls. Der Sejmmarschall beruft sodann den Abg. Dr. Rakowski auf den Platz des Marschalls, er betritt die Rednertribüne und erklärt: Ich habe den Abg. Adamek von drei aufeinanderfolgenden Sitzungen ausgeschlossen, weil er sich erlaubt hatte, dem Sejm mit Gewalt zu drohen. Seien Sie versichert, so lange ich Sejmmarschall bin, werde ich so etwas nicht dulden. Ein Ordnungsruf ist hier nicht angebracht, und ich mache auf Grund der Bestimmungen von der zulässigen Strafe Gebrauch. Ich gehe nach Recht und Gerechtigkeit vor, und habe darin keine Angst. Drohungen dem Sejm gegenüber werde ich in keinem Falle dulden. Ein großer Teil der Bevölkerung hat wenig Vertrauen zum Sejm, deshalb werde ich solche Angriffe und Drohungen niemals dulden.

Zwecks Finanzierung des Defizits auf Grund der Abgabe von Mehl und Zucker an die Bevölkerung unter den Einkaufspreisen wird der Wojewode ermächtigt, bei der Staatskasse ein Darlehn in Höhe von weiteren 3 Milliarden Polenmark aufzunehmen, welche durch die Einnahmen der Wojewodschaft Schlesien garantiert und mit halbjährlicher Frist zurückgezahlt werden müssen. Zum Bezuge von billigem Mehl und Zucker sind diejenigen berechtigt, deren Einkommen im September 6000 deutsche Mark betrug. Der Wojewode wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Wojewodschaftsrat die Preise für Mehl und Zucker für die Bevölkerungsklassen festzusetzen. Mit diesem Punkte wird der nächste verbunden: Garantie durch die Steuereinnahmen. Für die von dem Finanzministerium in Warschau im September 1922 bewilligte Anleihe von 3 Milliarden Polenmark für Lebensmittelzwecke wird eine Sicherheit auf Grund der Steuereinkünfte der Wojewodschaft gestellt. Zu diesen Punkten werden sehr lange Ausführungen gemacht, die wenig interessanten Stoff, allenfalls sachliche Darlegungen abgeben.

In zweiter Lesung werden angenommen: Kohlensteuergesetz, Alkoholverbrauchssteuer, Biersteuer, Grunderwerbssteuer, Wertzuwachssteuer und andere kleine Vorlagen.

Nächste Sitzung Donnerstag.

Das Valutaproblem in Oberschlesien.

Eine Unterredung mit dem Chef des oberschlesischen Departements.

Der Chef des oberschlesischen Departements, Kiedroń, der am 18. d. Mts. aus Kattowitz zurückgekehrt ist, wohin er im Auftrag der Regierung gereist war, um die Bergarbeiterlöhne zu regeln, hat dem „Kurjer Polski" folgende Informationen erteilte: Infolge des Sturzes der deutschen Valuta, in der

die Bergarbeiterlöhne

ausgezahlt werden, haben sich die Arbeiterbeziehungen zugespitzt, und es sind Ausstände ausgebrochen. Am 31. Oktober d. Js. wurde ein Vertrag mit Gültigkeit für den Monat November unterzeichnet. Damals hatte die deutsche Mark den Wert von 3,05. Gegenwärtig sind jedoch die Löhne bei einem Stande von 2 Mark polnisch nicht ausreichend. Die Niedrigkeit der Löhne erklärt sich teilweise mit den in Oberschlesien noch aus deutscher Zeit bestehenden Regierungszuschlägen in Form von Lebensmitteln, wie Zucker und Mehl, die der polnischen Regierung und der schlesischen Wojewodschaft ungefähr 2 Milliarden deutsche Mark monatlich gekostet haben. Durch diese Zuschläge einerseits und dadurch, daß die Arbeiterlöhne auf einem verhältnismäßig niedrigen Niveau gehalten wurden, war der

Preis der oberschlesischen Kohle

verhältnismäßig niedrig. Er betrug in der ersten Hälfte des Monats November nach Umrechnung in polnische Mark 25 000 M. für die Tonne gegenüber einem Preise vom 40 000 M. für Dombrowoer Kohle. Dieser niedrige Preis wäre gerechtfertigt, wenn die oberschlesische Kohle hauptsächlich für die Bedürfnisse der Konsumenten in Polen Verwendung fänden. Das ist jedoch nicht der Fall. Denn ungefähr 66 Prozent der Kohle gehen ins Ausland, dem Polen vertraglich verpflichtet ist, die Kohle zu Landespreisen zu liefern. Wir sehen also, daß wir durch die Milliarden, die die polnische Regierung in Form von Lebensmitteln zuzahlt, und durch die niedrigen Arbeiterlöhne dem Auslande ein Geschenk von ungefähr 18 polnischen Milliarden monatlich machen, indem wir 1 200 000 Tonnen Kohlen zu Preisen ausführen, die um 10 000 M. niedriger sind als die Preise für Kohlen aus anderen Kohlengebieten. Die Lage der Dinge mußte vom Gesichtspunkte der Innenwirtschaft aus geändert werden. Zu diesem Zwecke erklärte der Chef des oberschlesischen Departements in einer Konferenz von Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretern in Kattowitz im Auftrage der Zentralregierung, daß vom 1. Dezember ab alle Lebensmittelzuschläge aufhören und dafür die Arbeiter entsprechend höhere Löhne erhalten sollten. Nach längeren Verhandlungen ist es zu einer Einigung gekommen, auf Grund deren die Arbeiter eine Lohnerhöhung erhielten, die ungefähr 650 M. deutsch durchschnittlich und 60 M. deutsch für jedes Familienmitglied betrug. Auf diese Weise erfolgte eine bedeutende

Angleichung in den Wirtschaftsbeziehungen

zwischen Schlesien und dem übrigen Kohlengebiet. Diese Unifizierung kann eine vollständige werden, wenn Oberschlesien hinsichtlich der Valuta den übrigen polnischen Landesteilen gleichstehen wird. Solange nämlich die deutsche Mark mit ihren ständigen Schwankungen bezüglich der polnischen Mark im Sinne der Genfer Konvention das einzige gesetzliche Zahlungsmittel sein wird, solange werden ungeheure Unterschiede zwischen den Arbeiterlöhnen der beiden Kohlengebiete bestehen. Diese Unterschiede werden fortwährend Reibungen, Unfrieden, vielleicht sogar Unruhen hervorrufen, die für ein normales Wirtschaftsleben sehr unerwünscht sind.

Die Einführung der polnischen Mark

wird seit längerer Zeit als Notwendigkeit hingestellt, mit der nicht länger gezögert werden dürfe. Mit Recht hat also der Valutaausschuß des schlesischen Sejm, mit Recht haben also die Arbeiterorganisationen, der Kongreß der Belegschaftsräte sowie Vertreter der Industrie in den Sitzungen am 14. und 16. November den Standpunkt vertreten, daß die Schwierigkeiten, die der Einführung der polnischen Mark hinderlich waren, gegenwärtig beseitigt seien, und daß der entsprechende Augenblick gekommen sei, um die polnische Mark einzuführen. In den nämlichen Sitzungen wurde die Zentralregierung einmütig aufgefordert, von dem ihr im Sinne des Art. 306 der Genfer Konvention zustehenden Rechte Gebrauch zu machen und

die deutsche Mark am 1. Dezember 1922 außer Kurs zu setzen.

Das wird ein weiterer Schritt zur Unifizierung der schlesischen Landesteile mit Polen sein. Es unterliegt nicht dem geringsten Zweifel, daß dieser Schritt im ersten Augenblick das Wirtschaftsleben Schlesiens gewissen Erschütterungen und Schwierigkeiten aussetzen wird, und daß es dann die Pflicht der Regierung sein wird, gewissen Industriezweigen zu Hilfe zu kommen. Die größte Hilfe wird jedoch darin bestehen, die

Schwierigkeiten auf dem Gebiete des Transportwesens

zu beseitigen. In dieser Hinsicht ist die Lage noch sehr ernst, und die Besserung der Verhältnisse wird leider längere Zeit erfordern. Die dringlichsten Angelegenheiten auf diesem Gebiete sind: Der Bau einer ganzen Reihe von neuen Eisenbahnlinien, Erweiterung der Grenzbahnhöfe, Ausbau der Rangierbahnhöfe. Diese Arbeiten müssen in einem möglichst schnellen Tempo vor sich gehen, wenn nicht sowohl Schlesien als auch Polen unberechenbare Verluste erleiden sollen.

Der Kabinettswechsel in Deutschland.

Der neue Innenminister.

Der demokratische Abgeordnete Oeser hat am Mittwochnachmittag den ihm angetragenen Posten des Innenministers angenommen.

Leiter des Auswärtigen Amtes

wird nach einer Donnerstagmeldung aus Berlin Herr von Rosenberg.

Zwei neue Staatssekretäre.

Staatssekretär der Reichskanzlei wird der Demokrat Hamm, Staatssekretär des Wirtschaftsministeriums Dr. Brandt, ebenfalls Demokrat.

Die Vertretung der Parteien im neuen Kabinett.

Unter den Mitgliedern des neuen Kabinetts sind vier Demokraten, drei Zentrumsmänner, zwei Volksparteiler und ein bayerischer Volksparteiler.

Die neuen Männer.

Der neue Justizminister, der zugleich Vizekanzler wird, Dr. Heinze, ist Jurist und war der letzte königlich sächsische Justizminister. Er arbeitete in der Weimarer Nationalversammlung an der Verfassung mit und übernahm im Kabinett Fehrenbach-Simons das Reichsjustizministerium. Er hat wiederholt betont, daß er unbedingt auf dem Boden der Verfassung stehe. Herr v. Rosenberg ist aus dem Konsulardienst hervorgegangen, kam aber schon früh, nach einer kurzen Tätigkeit beim Generalkonsulat in Antwerpen, ins Auswärtige Amt, wo er in der politischen Abteilung verwandt wurde und fast ein Jahrzehnt hindurch, auch während des Krieges, das Referat über die Balkanfrage versah. Aktiv nahm er an den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk teil, war eine Zeitlang, als Herr v. Haniel auf Urlaub war, Unterstaatssekretär, vertrat dann das Reich als Gesandter in Wien und übernahm schließlich die Nachfolge des nach Rom versetzten Herrn von Neurath in Kopenhagen. Dr. Oeser, einst Redakteur der „Frankfurter Zeitung", war preußischer Verkehrsminister und zuletzt Landeshauptmann der Provinz Sachsen in Merseburg. Dr. Becker (Hessen) war früher Finanzminister und gilt als ein ungewöhnlich guter Finanz- und wirtschaftspolitischer Kenner. Man darf ihn dem rechten Flügel der Deutschen Volkspartei zuzählen. Müller (Bonn) ist ein politisch unbeschriebenes Blatt. Als Direktor der rheinischen Bauernkammer kennt er sich in den agrarischen Verhältnissen genau aus. Er dürfte dem Zentrum nahestehen. Stiegl, der die Leitung der Post übernimmt, kommt aus dem bayerischen Staatsdienst, wo er, bevor die bayerische Post in der Reichspost aufging, Unterstaatssekretär des Verkehrsministeriums war. Ihm geht der Ruf eines korrekten Beamten mit großen Fachkenntnissen voraus. Dr. Albert, der an die Spitze des Schatzministeriums tritt, ist in der Welt viel herumgekommen. Unter anderem war er Reichskommissar für die Weltausstellung in San Francisco. Nach der Revolution war er, nach dem Intermezzo des Herrn Baake, Chef der Reichskanzlei und schied aus diesem Posten erst, als Dr. Wirth das Reichskanzleramt übernahm. Hamm, Mitglied der demokratischen Reichstagsfraktion, kommt aus der Justiz, war eine Zeitlang Staatsanwalt in München und wurde von den bayerischen Demokraten als Handelsminister in das Kabinett Kahr delegiert. Ihm fällt in dem neuen Kabinett, als Adlatus des Reichskanzlers, eine besondere politische Rolle zu. Dr. Brandt endlich, der an die Stelle Dr. Hirschs als Staatssekretär des Reichswirtschaftsministeriums tritt, war ursprünglich Syndikus der Düsseldorfer Handelskammer und wurde vor nicht sehr langer Zeit als Nachfolger Dr. Soetbeers auf den Posten eines Syndikus des Deutschen Industrie- und Handelstages nach Berlin berufen.

Der Reichspräsident an Dr. Wirth.

Der Reichspräsident hat an den Reichskanzler Dr. Wirth bei seinem Ausscheiden aus dem Reichskanzleramt folgendes Schreiben gerichtet: „Sehr verehrter Herr Reichskanzler! Die politische Lage hat Sie veranlaßt, die Enthebung von Ihren Ämtern nachzusuchen. Wenn ich Ihrem Wunsche mit dem beigefügten Erlaß entspreche, so tue ich es im Gefühle aufrichtigen Bedauerns über Ihr Scheiden und dankbarer Anerkennung Ihrer Verdienste um das Reich. Sie haben in parlamentarischer Tätigkeit und als Finanzminister unseres gemeinsamen Heimatlandes bewährt, in schwerer Zeit als Reichsminister der Finanzen und dann als Reichskanzler dem Vaterlande große Dienste geleistet und an der Spitze der Regierung in schwerer Zeit zielbewußt und tatkräftig die innere und äußere Politik des Reiches geleitet. Ernste Stunden, die an Ihre Entschlossenheit und Umsicht die höchsten Anforderungen stellten, sind Ihnen nicht erspart geblieben. Das deutsche Volk wird Ihnen für das, was Sie ihm in diesen Jahren mühsamen und entsagungsreichen Wiederaufbaues gewesen sind, Dank wissen. Ich gebe der zuversichtlichen Hoffnung Ausdruck, daß Ihre Arbeitsfreudigkeit und politischen Gaben auch weiterhin ein reiches Feld der Betätigung finden mögen und bin mit der Versicherung ausgezeichnetster Hochachtung Ihr sehr ergebener (gez.) Ebert." — Auch den übrigen anläßlich der Umgestaltung der Reichsregierung zurückgetretenen Reichsministern hat der Reichspräsident in persönlichen Schreiben seinen Dank für die dem Reiche geleisteten Dienste ausgesprochen.

Die Konferenz in Lausanne.

Die Festsetzung der türkischen Grenze.

Die von der Friedenskonferenz eingesetzte Kommission für territoriale und militärische Fragen begann am Mittwoch mit der Prüfung der Fragen über die Festsetzung der türkischen Grenzen auf europäischem Gebiet. Ismet Pascha begründete die Forderung der Türkei, für die Türkei die Grenzen von 1918 festzusetzen, und verlangte die Durchführung einer Volksabstimmung in Westthrazien. Venizelos gab namens der griechischen Vertretung die Gründe bekannt, weshalb Griechenland nur den Grenzen von 1915 zustimmen könne, und weshalb die griechische Vertretung der Ansicht sei, daß das westthrazische Problem auf der Konferenz nicht aufgerollt werden solle. Der südslawische Delegierte Nintschitsch gab dem Wunsche Ausdruck, daß die Grenze entsprechend der Note der alliierten Mächte vom 23. September an der Maritzalinie festgelegt werden müsse, wobei eine noch zu bestimmende neutrale Zone auf beiden Seiten der Grenze vom Schwarzen Meer bis zum Aegäischen Meer geschaffen werden sollte. Er bekämpfte den Gedanken einer Volksabstimmung in Westthrazien und jeder Aenderung des mit Bulgarien abgeschlossenen Vertrages von Neuilly. Der rumänische Delegierte Duca schloß sich den Erklärungen des südslawischen Vertreters an.

Ismet Pascha bei Mussolini.

Mussolini empfing am Mittwoch vormittag den Besuch des türkischen Führer Ismet Pascha und den Gesandten der Angoraregierung in Rom, Arif Bei. Die Unterredung dauerte ungefähr dreiviertel Stunden.

Curzon und Poincaré bei Ismet Pascha.

Lord Curzon stattete am Dienstag abend dem Chef der türkischen Delegation Ismet Pascha einen Besuch ab. Es ist dies die erste Besprechung, die während der Konferenz zwischen Vertretern Großbritanniens und der Türkei stattgefunden hat. Poincaré hat am Mittwoch vor seiner Abreise nach Paris Ismet Pascha einen letzten Besuch abgestattet.

Die Volksabstimmung in Westthrazien.

Die Mittwochnachmittagssitzung des Ausschusses für militärische und territoriale Fragen drehte sich zum größten Teil um die Frage der Volksabstimmung in Westthrazien. Die Vertreter der alliierten Mächte sprachen sich dabei gegen eine Volksabstimmung aus, da sie den Frieden gefährden könne und man im übrigen bisher mit den Volksabstimmungen keine günstigen Erfahrungen gemacht habe. Im Namen der bulgarischen Delegation sprach das Mitglied der Abordnung Fräulein Stanziow, da Stambulijski die amtlichen Sprachen der Konferenz, Französisch, Englisch und Italienisch, nicht beherrscht.

Die Sowjetregierung in Lausanne.

Der russische Sowjetvertreter in Rom Worowski traf am Mittwoch in Lausanne ein. Gleichzeitig kamen dort verschiedene Sowjetbeamte aus Berlin an. Als Führer der russischen Delegation nennt man in Sowjetkreisen Tschitscherin und Karachan.

Serbisch-italienische Beratungen in Lausanne.

Nach einer in Belgrad aus Lausanne eingegangenen Drahtmeldung fand zwischen den Ministern Nintschitsch und Mussolini vor der Eröffnung der Orientkonferenz eine Zusammenkunft statt, welcher eine längere Konferenz im Beisein des italienischen Unterstaatssekretärs Contarini und des südslawischen Gesandten in Rom, Antonjewitsch, folgte.

Clemenceau spricht.

Clemenceau hat am Mittwoch in Neuwork seine erste Amerikarede gehalten. Er erklärte, er sei nach Amerika gekommen, um die Freundschaft Amerikas für Frankreich zu erhalten, und fuhr fort: „Ich glaube, daß wir ein Recht auf Garantien haben, die eine weitere Invasion verhüten. Wissen Sie, daß die Deutschen Kanonen zu Hunderten bauen? Haben Sie vergessen, was die Preußen nach Jena getan haben? Es ist uns eine gute Grenze garantiert worden, man hat sich dazu verpflichtet, man hat sie uns versprochen, wir haben sie nicht bekommen. Lloyd George sagte, Amerika habe dasselbe Versprechen gegeben und es ebenso nicht gehalten. Ich habe Lloyd George eines Tages direkt gesagt: Ich möchte den Rhein haben, und ich gab ihm eine schriftliche Darlegung meiner Gründe. Zwei Tage später sagte er mir: Wenn Sie auf den Rhein verzichten wollen, so werde ich Ihnen andere Garantien schaffen. Ich verspreche Ihnen, daß ich bei Wilson mein Bestes tun will, um dies auch von ihm zu erreichen. Wilson sagte sehr verständig, er wolle diese seine Zustimmung geben, aber die Angelegenheit unterliege natürlich der Genehmigung durch den Kongreß. Indessen bedeutet die Tatsache, daß die Vereinigten Staaten der Ansicht Wilsons sich nicht angeschlossen haben, nicht, daß das Versprechen nicht hatte gehalten zu werden brauchen. Glauben Sie, daß wir, weil unsere Alliierten ihr Versprechen nicht gehalten haben, wirklich weggehen und unsere Grenzen offen lassen? Nein! Nein! Die Hauptfrage ist für jetzt, ob Amerika es in irgendeiner Weise übernehmen könnte, eine Aussprache mit England und Frankreich zu erneuern, und zwar nicht etwa, um irgend etwas zu versprechen, was Amerika in Zukunft zu etwas verpflichten würde, das es während des Krieges nicht getan hätte. Wenn Sie Vertrauen haben und einfach sagen könnten: Laßt uns einen Plan dessen aufstellen, was zu tun ist, und wenn wir dann einen solchen Plan aufgestellt haben, so sollte dieser Plan als eine Garantie betrachtet werden."

Deutsches Reich.

** **Neue Teuerungskrawalle in Braunschweig.** Am Mittwoch kam es in Braunschweig wieder zu Unruhen. In den späten Nachmittagsstunden zogen größere Trupps durch die Stadt, ohne daß es zunächst zu Ausschreitungen gekommen wäre. Um die sechste Abendstunde kam es auf dem Steinweg zur Plünderung der Schaufensterauslagen eines Geschäftes. Bedrohlich wurde auch die Lage auf dem Hagenmarkt. Wie die „Braunschweigische Landeszeitung" meldet, mußte auch an diesem Tage die Schutzabteilung teilweise wieder mit blanker Waffe gegen die Menge vorgehen. Ein Beamter der Schutzabteilung und mehrere Zivilisten erlitten Verletzungen. Die Polizeidirektion hat eine Bekanntmachung erlassen, wonach Versammlungen unter freiem Himmel verboten werden. Von den bei den gestrigen Unruhen festgenommenen Personen werden 13 darunter einige, die bei den Plünderungen auf frischer Tat ertappt wurden, dem Amtsgericht vorgeführt werden.

** **Volksabstimmung in ganz Hannover.** Die Deutschhannoveraner planen eine Volksabstimmung in den Regierungsbezirken Stade und Lüneburg, um die Trennung von Preußen herbeizuführen. In den Kreisen der preußischen Regierungsparteien wird, wie die „Politisch-Parlamentarischen Nachrichten" hören, der Gedanke erwogen, die Abstimmung über die Frage des Verbleibens bei Preußen oder der Trennung von Preußen für ganz Hannover herbeizuführen.

** **Die Reichsregierung und Braunschweig.** Der braunschweigische Unterrichtsminister Steinbrecher hatte eine Bestrafung aller Lehrer und Schüler angeordnet, die am Bußtag dem Schulunterrichte fernbleiben würden. Jetzt hat das Reichsministerium des Innern an das braunschweigische Ministerium ein Schreiben gerichtet, in dem es davor warnt, gegen Lehrer und Schüler vorzugehen, die in Erfüllung ihrer religiösen Pflichten der Schule fernbleiben.

** **Bayerische Regierung und Sozialdemokratie.** Die „Münchener Post" erklärt in einem Leitartikel „Der Kurs in Bayern und die Sozialdemokratie", daß zwischen der Sozialdemokratie und der neuen bayerischen Regierung, insbesondere nach den letzten Reden des Ministerpräsidenten Dr. v. Knilling und des Ministers des Innern, von einem eingeschränkten Vertrauensverhältnis keine Rede mehr sein könne. Die Reden beider im Landtage hätten bewiesen, daß sie die Regierungsgewalt dazu anwenden wollten, die einen Parteien zu fördern, die andern zu schädigen.

Dienstag, den 28. November,
findet im Evangelischen Vereinshause eine

Sitzung
des Kreisbauernvereins Posen

statt. Vorträge über die Lage des Düngemittelmarktes, Haferbau und Zichorienanbau. [4138

5—10 Millionen Mark,

als Sicherheitshypothek auf ein Haus mit neuzeitlich eingerichtetem Laden zur Erweiterung des darin geführten gutgehenden Manufakturwarengeschäftes

gesucht.

Offerten unt. 4129 an d. Geschäftsstelle d. Blattes erbeten.

Deutzer Motor

3—4 P. S. 1913 erbaut, 1 Jahr im Betrieb gewesen, tadellos erhalten, steht zum Verkauf.

Woldemar Günter
Landw. Maschinen u. Bedarfsartikel
Fette und Öle
Poznań, ul. Sew. Mielżyńskiego 6.
4143] Telephon 52—25.

Anerkannte Hochzucht [10056
des Deutschen veredelten Landschweines

Vorfahren auf Ausstellungen mit Sieger- und anderen hohen Preisen vielfach prämiiert

gibt laufend ab

sprungfähige Eber und Sauen

sowie Eber- u. Sauferkel ab 3 Monat alt aufwärts

Modrow Bąszek, Skarszewy (Pomorze).

Klee, Seradella, Erbsen

kauft jedes Quantum zu höchsten Tagespreisen [4110

Emil Blum, Opalenica. — Tel. 33.

Achtung! Großen Posten

I Träger, Säulen,
eis. Fenster und Tonschalenkrippen
zu verkaufen. [4116

Frankenreuter, Przybyszewo, pow. Leszno.



Wohnungstausch.

4 Zimmerwohnung mit Küche u. Zubehör

in Hamborn i. Westf. gegen gleiche oder kleinere in Poznań zu tauschen. Evtl. mit gegenseitiger Möbelübernahme. Näh. zu erfragen bei Kaczmarek, ul. Żupańskiego 2. (4142

Nett möbliertes Zimmer

mögl. im Zentrum der Stadt von einem Herrn gesucht. Preis Nebensache. Angeb. unt. M. 4144 a. d. Gesch. d. Bl.

Ausschneiden! Ausschneiden!

Postbestellung.

An das Postamt

in

Unterzeichneter bestellt hiermit

1 Posener Tageblatt (Posener Warte)

für den Monat Dezember 1922

Name ....

Wohnort ....

Postanstalt ....

Straße ....

Diesel-Motore

20—60 PS. ab Leobersdorfer Maschinenfabrik A.-G. bei Wien,

Dynamos-Elektromotore-Transformatoren

ab Lager Warschau-Krakau — resp. Fabrik — A.-G. Ganz, Budapest.

Dampfturbinen X Walzenstühle

„L. Lang A.-G." bei Wien, Ganz-Danubius A.-G.. Budapest

liefert umgehend

GANZ
Elektrische und Mechanische Werke
A.-G. in Polen,
Warszawa, Al. Jerozolimska 65.

Telegramm-Adresse: Elga Warszawa. [364

TEATR PAŁACOWY

Nur einige Tage! Vom 24. November: III. und letzte Serie: Nur einige Tage!

Robinson Crusoe

nach dem unsterblichen Werk von **Daniel Defoe.**

Eintritt für Kinder zur ersten Vorstellung gestattet.

Anfang der Vorstellungen: wochentags um 4, 6 und 8 Uhr, Feiertags um 4, letzte Vorstellung um 8 ½ Uhr.

Wer infolge der Option

Grundstücke

jeder Art gegen deutsche Objekte vertauschen oder verkaufen will, wende sich an die

Deutsche Landwirtschaftsbank
Berlin Nr. 24, Friedrichstr. 131 B.

Suchen Sie **Käufer**

auf Ihr Gut, Landwirtschaft, Hausgrundstück, Hotel, Geschäft usw., dann wenden Sie sich vertrauensvoll an die gerichtlich eingetragene offene

Handelsgesellschaft von Neyman & Co.
Zentrale: POZNAŃ.
Piekary 5. Tel. 3975.

Stellenangebote

Ländl. Pfarrhaus, das Gelegenheit bietet, alle Hauswirtschaftszweige zu erlernen, sucht zum 1. Jan., evtl. später

Landkind,

nicht unter 18 J., welches dafür mit einem Mädchen alle Arbeit verrichtet. Ang u. L. M. 4119 a. d. Geschäftstelle d. Bl. erbeten.

Stellengesuche

Hauslehrer

geprüft, kath., der poln. Sprache mächtig, sucht Stellung. Gefl. Off. erb. unt. Nr. 4135 a. d. Geschäftsstelle d. Bl.

Tüchtiger Forstmann, energischer Jäger, sucht v. 1.1.23 Stellung als

Revierförster,

Förster oder bess. Waldwärter. Ders. ist m. allen forstl. u. jagdl. Arbeiten sehr gut vertr., langj. Zeugn. vorh. Gefl. Ang. u. J. D. 4118 a. d. Gschäftsst. d. Bl. erb.

Jung. evang. Frl., kinderl., mit Kochkenntniss., sucht sofort od. 1. 1. 23 Stellung mit Familienanschl. Gefl. Ang. u. S. Nr. 4134 an d. Geschäftsstelle d. Zeitung erbeten.

Suche per 1. April 1923 Stellung als

Administrator oder Oberbeamter [4136

auf größerer Besitzung. Verheiratet 43 Jahre alt, Kinder außer dem Hause. War 22 Jahre in Saatgut-Wirtschaften tätig, darunter mehrere Jahre in der Prov. Sachsen. Uebernehme auch Stellung wo Saatgutwirtschaft eingerichtet werden soll. — Gefl. Offerten erbittet

Wagner, Noskow, Kreis Jarocin.

Suche zum 1. Januar 1923 ledigen, kathol., der polnischen Sprache in Wort und Schrift mächtigen

Beamten, [4132

der schon auf deutschen Gütern tätig war und es versteht mit den Leuten gut umzugehen.

V. Ramin, Administrator, Tarnowo p. Kruszwica.

Erfahrener bilanzsicherer Buchhalter,

der deutschen und polnischen Sprache mächtig, wird per 1. Januar 1923 zu günstigen Bedingungen von größerem Unternehmen gesucht.

Gef. Offerten unter J. K. 4141 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Perfekte [4120

Buchhalterin,

mit guten Zeugnissen für Kolonialwarengeschäft en gros sucht bei hohem Gehalt

P. A. Philippsborn, Schwiebus.

Suche zum sofortigen Antritt,

evangelische, selbständige

Wirtin

für großen, herrschaftlichen Landhaushalt mit Hausfrau, Nähe Brombergs. **Günstige Bedingungen.** Bild, Zeugnisabschriften mit Angabe von Gehaltsansprüchen einsenden. — Angebote unt. L. 4114 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Spielplan des Großen Theaters.

Freitag, den 24. 11., abends 7½ Uhr: „Die Jüdin", Oper von Halevy.

Sonnabend, den 25. 11., abends 8 Uhr: Symphonisches Konzert Halbe Preise.

Sonntag, den 26 11., nachm. 3 Uhr: „Tosca", Oper von Puccini.

Sonntag, den 26. 11. abends 7¼ Uhr: „Konrad Wallenrod", Oper von Żeleński.

Vorverkauf der Eintrittskarten bei Szrejbrowski ulica Fredry 1.

Ofenreinigen
sowie **Reparaturen**
werden billigst ausgeführt.
Ul. Pocztowa 22,
Hof links pt.

Daselbst westfälischer Ofen zu verkaufen. (4131

Herzenswunsch!

Alleinstehender Landwirt, 60 Mrg. Land, 27 Jahre alt, ev., dunkle Erscheinung wünscht ebensolche Dame mit Vermögen im Alter von 20 bis 27 Jahren zwecks baldiger

Heirat

kennen zu lernen. Landwirtstochter bevorz. Diskr. Ehrens. Ernstgemeinte Zuschriften mögl. mit Bild, unt. 4107 an d. Geschäftsstelle d. Blattes erbeten.

Colosseum
św. Marcin 65
Vom 20. bis 26. 11.

Der Fluch des Schweigens?

Erschütterndes Lebensbild mit der bekannten **Margarete Freund** in der Hauptrolle.

Neuester „Ufa"-Film.

Achtung!

Beginn der Vorstellungen um 4, 6 und 8 Uhr.

An Festtagen um 4. der letzten um 8½ Uhr.

Kirchennachrichten.

Kreuzkirche. Sonntag (Totenfest). 10: Gottesd. Greulich. — 11: Abendmahl. Ders. — 11⅓: Kindergottesdienst Ders.

St. Petrikirche. (Evangel. Unitätsgemeinde.) Sonnabend, 6: Wochenschlußgottesdienst. Schneider. — Sonntag (Totenfest). 10: Gd. u. Abendm. Haenisch. — — 12: Kindergd. Schneider. — 6: lit. Gd. u. Abendm. — Ders. — Amtsw.: Haenisch.

St. Paulikirche. Sonntag (Totenfest), 10: Gd. D. Blau. — 11¼: B. u. A. Ders. — 11¾: Kindergd. Stuhlmann. — 3: Andacht auf dem alten Friedhofe: Ders. — 4: Andacht auf dem neuen Friedhofe: D. Staemmler. — 6. Lit. Gd. Stuhlmann. — Amtswoche: Ders.

Ev.-luth. Kirche, ulica Ogrodowa 6 (früher Gartenstraße). Sonntag, 10: Predigtgd. Kirchenchor: „Jerusalem, du hochgebaute Stadt" Hoffmann. — Freitag, 7½: Kirchenchor.

St. Lukaskirche. Sonntag (Totenfest) 10: Predigt, B. u. A. Büchner. — 12: Kindergd. Ders. — 3½: Andacht auf dem Friedhof. Ders.

Christuskirche. Sonntag (Totenfest). 10: Gd. m. A. Rhode. — 11: Kindergottesd. Ders. — Mittwoch 6: Bibelstd. — 7: Jungfrauenverein.

St. Matthäi-Kirche. Totensonntag. 9: B. u. A. 10: Festgd. Ilse. 11½: Kgd. Ders. 6: Liturg. Abendfeier. 7: B. u. A. Brummack. — Freitag, 4½: Vorst.-Stzg. der Frauenhilfe. 6: Bibelstunde. Ders.

Sassenheim. Totensonntag, 10: Gottesdienst. 11½. B. u. A.

Ev. Verein junger Männer. Sonntag, 6: Liturgische Abendfeier in St. Matthäi (¾6: Bläserchor). — Montag, 7½: Blasen. — Dienstag, 8: Männerversamml. — Mittwoch, 7: Bibelst. 8: Bespr.-Abd. — Donnerstag 6½: Polnisch. — 7½: Blasen. — Sonnabend, 8: Wochenschlußandacht. —

Kapelle der Diakonissen-Anstalt. Sonnabend, 8: Wochenschlußgottesdienst. Sarowy. Sonntag, 10: Gd. Ders.

Gemeinde gläubig getaufter Christen (Baptisten), ul. Przemysłowa (fr. Margaretenstr.) 12. Sonntag, 9½: Predigt. Drews. — 10: Sonntagssch. — 2½: poln. Gottesdienst. — 4: Tauffeier. — Mittwoch, 7: Gebetsstd. — Freitag, 7½: poln. Gebetstunde.

---

2 tüchtige Falzerinnen

sofort gesucht. Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A., Zwierzyniecka 6.

Pressestimmen.

Der „Robotnik", das Organ der Polnischen Sozialdemokratie, nahm kürzlich Stellung zu der Frage: „Ist Polen ein Nationalstaat oder ein Nationalitätenstaat?" und führte dazu aus: „Auf diese Frage antwortet die Statistik. Es handelt sich hier nicht um eine theoretische Frage oder eine politische Tendenz, sondern um eine Tatsache. Die Statistik sagt uns klar und deutlich, daß beinahe ein Drittel der Einwohner Polens Nichtpolen sind. Es ist daher Tatsache, daß Polen nicht ein Nationalstaat, d. h. ein von einem einheitlichen Volke bewohnter Staat, ist, sondern daß neben den Polen bedeutende Minderheiten nichtpolnischer Bevölkerung vorhanden sind. Im folgenden erörtert der „Robotnik" die Stellung der „Chjena" zur Minderheitsfrage. Der Standpunkt der Chjena ist: Wir müssen so handeln, als ob es weder die Minderheiten, noch ihre Vertreter gebe. Wir beachten sie nur zu dem Zwecke, um sie ständig zu bekämpfen. Weder bei der Wahl des Staatspräsidenten noch bei der Bildung der Regierung haben die Stimmen der Minderheiten zu gelten. Die „Chjena" versteht den Nationalstaat so, daß sich das polnische Volk streng von allen Minderheiten abgrenzen und sie zu keinen politischen Einflüssen kommen lassen soll, daß die Minderheiten nur Objekte und nie Subjekte der Regierung werden dürfen, d. h. daß sie zwar den Behörden unterstellt sind, aber keinen, auch nicht den geringsten Teil derselben bilden dürfen. Bei der Durchführung dieser nationalistischen Politik der „Chjena" würde nach den Ausführungen des „Robotnik" das ganze politische Leben ausgefüllt und eingestellt sein auf Nationalitätenkampf, und auf dem Boden der nationalen und religiösen Verfolgungen würden Rechtlosigkeit und administrative polizeiliche Willkür üppig emporschießen. Die „Chjena" würde dann ihren Nationalstaat haben, aber in ihm würde fast ein Drittel der Bevölkerung dem Staate feindlich gesinnt sein. Gerade die „Chjena" habe es veranlaßt, daß der Block bei den Wahlen so gut abgeschnitten habe. Ohne das famose Wahlgesetz wäre es sicherlich nicht zur Blockbildung gekommen. Es wäre kaum der Gedanke an ein solches Unternehmen aufgetaucht, weil die Interessen der im Block Vereinten häufig so ganz diametral verschieden sind. Jetzt arbeitet die „Chjena" weiter dahin, daß die polnische Politik nichts unternehme, um die Nationalitätsfragen zu lösen, damit auch fernerhin fast ein Drittel der Bevölkerung gehetzt und verfolgt werde." So klar und treffend charakterisiert das Hauptorgan der Polnischen Sozialdemokratie die verderbliche Politik der „Chjena" und die Lage der Minderheiten. Man sieht daraus, daß diese Partei volles Verständnis für uns hat.

Die Nationale Arbeiterpartei dagegen soll ebenso wie die Polnische Volkspartei in Verhandlung mit der „Chjena" zur Bildung eines Blocks der nationalen Mehrheit stehen. Wenn es auch noch nicht entschieden ist, daß dieses Bündnis zustande kommt, so ist jedenfalls die Möglichkeit dazu vorhanden und die Nationale Arbeiterpartei steht keineswegs der Nationaldemokratie vollkommen ablehnend gegenüber. Um so mehr nimmt es wunder, daß die „Posener Neuesten Nachrichten" in ihrer Dienstag-Nummer in einem Aufsatz: „Rückblicke" sich ihrer Sonderpolitik bei den Sejmwahlen rühmen und dem „Posener Tageblatt" in lehrhaftem Tone Ermahnungen zuteil werden lassen. Was hat es denn aber für einen Zweck gehabt, für Liste 7 zu stimmen, wenn diese dann im Sejm mit der „Chjena" geht? Uns war es von vornherein klar, daß die Nationale Arbeiterpartei, wie schon ihr Name, ihr Spitzenkandidat für Posen und ihre Taten beweisen, ein durchaus unzuverlässiger Hüter der deutschen Interessen wäre. Den klarsten Beweis für die Berechtigung unserer Annahme geben die Verhandlungen dieser Partei mit der „Chjena". Es ist auf keinen Fall ganz ausgeschlossen, daß diese zu einem Ergebnis führen. Dann wären also die deutschen Stimmen auf einem Umwege doch für die „Chjena" abgegeben worden. Eine solche Politik erscheint uns als das Gegenteil der Vernunft.

Der „Kurjer Polski" vom Mittwoch führt in einem Aufsatz über die innere Lage folgendes aus: „Wenn man die Sache rein politisch nimmt, ist es nicht gestattet, die Theorie des grundsätzlichen Ausschlusses aller nichtpolnischen Nationalitäten von der Teilnahme an der Regierung aufzustellen, denn dieses würde gleichbedeutend sein, mit dem Programm eines beständigen Kampfes gegen all diese Völker." Das Blatt weist dann noch darauf hin, daß tatsächlich es auch in der Geschichte anderer Staaten Beispiele gebe, daß eine Regierung in ihrer Existenz und ihrer parlamentarischen Tätigkeit sich auf die Teilnahme anderer als der herrschenden Nationalität gestützt habe. Der englische Ministerpräsident Gladstone regierte mit einer Mehrheit von 40 Stimmen im Unterhause, und in dieser Mehrheit befanden sich 100 Irländer. In seinem Programm befand sich die Forderung, diesem bedrückten Volksstamm Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Nach der Meinung des „Kurjer Polski" ist aber diese Analogie auf Polen solange nicht anwendbar, als die nichtpolnischen Nationalitäten im Block verbleiben und auf Grund des Wahlabkommens eine einheitliche Front bilden werden, die der Natur der Sache nach gegen die polnischen Vertreter im Parlamente gerichtet ist. Solange wir, so fährt das Blatt fort, noch nicht genau unterrichtet sind über das Verhalten jeder einzelnen der nichtpolnischen Nationalitäten zu den staatlichen Interessen nach innen und außen, solange ist die Situation vollkommen klar: Nicht denkbar ist einerseits eine Regierung, die in ihrer Existenz von diesen Nationalitäten abhängig wäre, andererseits eine Regierung, die sie von vornherein zurückstößt und in die Rolle einer ewigen Opposition gegen den Staat hineinzwingt.

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, den 24. November.

Nun wieder das Gas!

Laut Bekanntmachung des Magistrats im heutigen Anzeigenteile ist der Preis für das Kubikmeter Gas vom 23. d. Mts. ab von 160 auf 240 Mk., d. h. um 50 v. H. erhöht worden. Der Zentner Grobkoks kostet jetzt 3500 Mk. und der Zentner Teer 15 000 Mk. Bedingt wurden diese erneuten Preissteigerungen mit der Erhöhung der Kohlenpreise und der Arbeiterlöhne.

Gründung eines Bundes der deutschen Männergesangvereine in Posen-Pommerellen.

Am Sonntag fand in Bromberg im Zivilkasino eine Vertreterversammlung deutscher Männergesangvereine aus den Wojewodschaften Posen und Pommerellen statt, um über die Gründung eines Bundes für dies Gebiet Beschluß zu fassen. Es waren hierzu Vertreter folgender Orte erschienen: Bromberg, Nakel, Schwetz, Jarotschin, Konitz, Inowrocław, Graudenz und Thorn.

Zunächst begrüßte Kupferschmiedemeister Kretschmer die auswärtigen Vertreter, und die Bromberger Sänger traten unter Leitung des Mittelschullehrers Pannicke zusammen und begrüßten die auswärtigen Sangesbrüder mit einem kräftigen „Grüß Gott" und dem Chor „Brüder reicht die Hand zum Bunde". Herr Kretschmer eröffnete darauf die Tagung mit dem Wunsche, sie möge den Zusammenschluß aller deutschen Männergesangvereine des Teilgebiets zeitigen.

Die Tagesordnung hatte drei Punkte: Gründung des Bundes für Posen und Pommerellen, Beratung der Satzungen und Wahl des Vorstandes.

Kriedte-Graudenz wünschte einen Bericht über die Vorarbeiten des geschäftsführenden Ausschusses. Diesen erstattete Herr Pannicke. Die einzelnen Vereine behalten danach ihre wirtschaftliche Selbständigkeit und gründen nötigenfalls Bezirksvereine. Diese bilden dann wieder den allgemeinen Bund. Darauf wurde der Antrag auf Gründung des Bundes einstimmig angenommen. Dem Bunde sind die deutschen Männergesangvereine folgender Städte beigetreten: Bromberg, Thorn, Graudenz, Nakel, Jarotschin, Konitz, Inowrocław, Wollstein, sowie eine Reihe anderer Städte, im ganzen 23 Vereine.

Die Satzungen werden mit kleinen Änderungen angenommen. Hervorzuheben ist der Wunsch, daß die größeren Gesangvereine die kleineren mit Notenmaterial unterstützen mögen. Vorgesehen ist in den Satzungen die Veranstaltung allgemeiner Bundesfeste. Vorort und Sitz des Bundes ist Bromberg.

In den Vorstand wurden gewählt: Kretschmer-Bromberg, erster, Stuldreer-Graudenz zweiter Vorsitzender, Weissig-Bromberg, Kassenführer, Lorenz-Bromberg, erster, Rosenau-Thorn, zweiter Schriftführer; als Beisitzer wurden gewählt Benoit-Schulitz, Kiedrowski-Konitz, Müller-Graudenz, Pannicke-Bromberg, Wolf-Inowrocław und Sturzel-Nakel. — Bundesdirigent ist Musikdirektor Elisat-Graudenz, Stellvertreter Musikdirektor Anderlik-Inowrocław. Beschlossen wurde schon im nächsten Jahre ein allgemeines Bundesfest zu begehen.

Mieterversammlung.

In der Mittwoch abend im Hotel de Saxe abgehaltenen Versammlung des Mietervereins erstattete der Vorsitzende Fieske einen Bericht über die von den Hausbesitzern zum 1. Januar 1923 erwartete Beseitigung des Mieterschutzgesetzes und den freien Handel mit Wohnungen.

Eine derartige Absicht bestehe auch in Deutschland. In Frankreich dagegen soll das Mieterschutzgesetz noch um 15 Jahre verlängert werden. Das alte Mieterschutzgesetz bestehe zurzeit noch in Polen. Dieses sichere zwar dem Mieter ein Dach über dem Kopfe zu, nicht aber eine andere Wohnung, das sei bei einer Kündigung wohl zu beachten. Der Mieter müsse dann schleunigst Gegenklage beim Mietseinigungsamt erheben. Das Recht auf Überweisung einer anderen Wohnung müsse dann im Urteil ausgesprochen werden. Ein Hauswirt in der Wielkie Garbary (fr. Große Gerberstraße) habe von seinen Mietern 250 000 M. für die Hausreparaturen eingefordert. Das verstoße gegen die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs. Der Redner schilderte dann den Empfang der Mieter-Deputation durch den Stadtpräsidenten Ratajski. Der Stadtpräsident habe sich als ein Gegner des Mieterschutzgesetzes erklärt. Von der Registrierung der Wohnungen verspreche er sich keinen Erfolg. In Posen fehle den Stadtverordneten von den Kommunisten angefangen bis zur Rechten für die Sache das nötige Interesse. Auch die Intelligenz bringe der Mieterfrage nicht die erforderliche Teilnahme entgegen. In letzter Zeit habe sich in dieser Beziehung etwas geändert, wie die zahlreichen Anmeldungen aus der Konsumgenossenschaft beweisen. Die Mieter hätten allen Anlaß, auf der Hut zu sein.

Hierauf berichtete Kaufmann Kaczmarek über Verhandlungen mit dem Stadtv. Ballenstedt wegen der Beschaffung von Unterlagen für die Gründung einer Wohnungsbau-Genossenschaft. 20 Milliarden Mark habe der Staat den Kommunen zur Verfügung gestellt, die ihrerseits Obligationen an die Baugenossenschaften herausgeben werden. Der Stadtverordnete empfahl den Bau von großen Wohnhäusern. Vom Staate sei die Einführung einer Bausteuer geplant.

Die Vorträge riefen eine lebhafte Aussprache hervor. Scharf kritisiert wurden die den Untermietern abgenommenen wucherischen Preise. Beschlossen wurde die Abhaltung einer großen Mieterversammlung, welche im Zoologischen Garten stattfinden soll. Mitgeteilt wurde, daß der Delegiertentag der Mietervereine für das ehem. preußische Teilgebiet und Schlesien am 6. Januar 1923 stattfinden werde. ⊡

Zur Deutschen Altershilfe.

Das Deutsche Wohlfahrtsamt bittet uns, folgendes bekannt zu geben:

Aus der Gemeinde Lednagóra ist dem Stadtverband der Frauenhilfe ein ganzer Waggon (260 Zentner) Kartoffeln für unsere Armen und Alten gespendet und frachtfrei geliefert worden. Herr Spediteur Kiß, mit dem die Abfuhr und Verteilung der Kartoffeln an die 6 Frauenhilfen Posens zum ortsüblichen Preise verabredet war, hat in hochherziger Weise auf die ihm zustehenden Gebühren verzichtet und dadurch den Frauenhilfen eine große Summe erspart, die nun wieder den Bedürftigen zugute kommt. Es sei den treuen Helfern auch an dieser Stelle unser herzlichster Dank gesagt!

\# **Die Pflichten der Hausbesitzer, Verwalter und Hausmeister.** Das Starostwo Grodzkie erinnert in einer uns zur Veröffentlichung übersandten Zuschrift die Hausbesitzer, Verwalter und Hausmeister an die Polizeiverordnung, die die Beseitigung von Schnee und Eis vom Bürgersteig und den Fahrdämmen betrifft. Der Schnee ist in den Straßengossen aufzuhäufen. Die Kanalisationsverschlüsse und die Wasserleitungshähne müssen frei von Schnee und Eis sein. Beim Eintritt von Glatteis müssen die Bürgersteige und die Fahrdämme mit Asche oder Sand bestreut werden. Überschreitungen dieser Polizeivorschriften werden streng bestraft.

\# **Dichterabend Eberhard König.** Am Dienstag, dem 28. November, abends 8 Uhr, wird der als Dichter des Märchenspieles „Gevatter Tod" und Dichtungen, die sich vorwiegend mit dem Stoffgebiet der alten germanischen Sagen beschäftigen, bekannte Schriftsteller Eberhard König aus eigenen Werken vortragen. Und zwar wird er aus dem III. Teil der Trilogie „Dietrich von Bern": „Die Rabenschlacht" nebst einer Einführung in das Gesamtwerk vortragen. Eintrittskarten sind im Vorverkauf in der Deutschen Bücherei, und zwar für numerierte Plätze zu 300 und für unnumerierte Plätze zu 200 M. für Teilnehmer an den wissenschaftlichen Vorträgen, und für Nichtteilnehmer zu 450 M. für numerierte und 300 M. für nichtnumerierte Plätze zu haben.

⊡ **Aus dem Apothekergewerbe.** Die letzte Apothekerversammlung beschäftigte sich mit der Schaffung von Apothekenkammern als Instanz zur Entscheidung von Gehaltsstreitigkeiten und andere Berufsfragen. Die Besitzer haben die Einführung des Warschauer Lohntarifs abgelehnt.

\# **Deutschtumsbund.** Helft den in der Existenz geschwächten selbständigen Handwerkern durch Arbeitsaufträge. Aufträge nimmt entgegen die Geschäftsstelle Posen, Waly Leszczyńskiego 2 (früher Kaiserring).

X **Der deutsche Kreisbauernverein Posen** hält Dienstag, 28. d. Mts., mittags von 12 Uhr ab im kleinen Saale des Evan-

---

Gedankenkonzentration.

Von Georg Strelisker.

Der außerordentliche Professor Dr. Robert Ramgarn war von Wien nach Berlin berufen worden, um dort eine Reihe von Vorlesungen über Psychotechnik im allgemeinen und über das Wesen der Gedankenkonzentration im besonderen zu halten. Die Abreise ging glücklich von statten. Aber in Leipzig bemerkte der Gelehrte, daß er im Regensburger Bahnhofsrestaurant seine Brieftasche mit tausend Mark und 14 000 österreichischen Kronen, seine gesamte Barschaft, vergessentlich liegen gelassen hatte. Er stieg aus, sprach beim Bahnhofsvorstand in Leipzig vor, erzählte von seinem Versehen und bat, nach Regensburg telephonieren zu dürfen. Diesem Ersuchen wurde stattgegeben und die Sprechgebühr, da der Professor aller Mittel entblößt war, aus besonderer Liebenswürdigkeit des diensthabenden Beamten gestundet. Nach zehn Minuten erhielt Dr. Ramgarn die erwünschte Verbindung mit Regensburg und erfuhr, daß seine Brieftasche von einem Kellner gefunden wurde und mit dem in einigen Minuten von Regensburg abgehenden D-Zug nach Leipzig mitgeschickt werde.

Kaum hatte der Gelehrte, von der eben übermittelten Nachricht angenehm beruhigt, den Hörer wieder abgelegt, als ihm plötzlich einfiel, daß er noch sein übriges Gepäck im Zuge liegen gelassen hatte. Mit allen Zeichen der Angst und des Zweifels stürzte er zur Telephonzelle hinaus und zurück auf den Perron, um zu erfahren, daß der Zug, den er vorher benutzt hatte, vor zwei Minuten mit seinem Gepäck in der Richtung nach Berlin abgegangen war. Man kann sich denken, daß der Gelehrte, dem ganz außerordentliche Eigenschaften als Mensch und Wissenschaftler nachgerühmt werden, durch dieses, wenn auch nicht unvorhergesehene, so doch zumindest nicht so rasch erwartete Ereignis keineswegs in Freude geriet. Um so mehr, als er sich eine Stunde später bewußt wurde, daß sein ständiger treuer Begleiter, den er selbst im Hörsaal nicht aus der Hand ließ und bei schönem und schlechtem Wetter zu tragen pflegte, nämlich sein schwarzer Regenschirm mit dem Silbergriff, nicht mehr bei ihm war, obgleich er sich genau zu erinnern vermeinte, diesen beim Verlassen des Zuges in der Hand gehalten oder wenigstens unter dem Arm eingehängt zu haben. Es ist nur der Ehrlichkeit eines Leipziger Bürgers, der ein Ferngespräch mit Halle führte, zuzuschreiben, daß dieser den in der Telephonzelle vergessenen Schirm sah und nicht für sich behielt, sondern ihn, ohne irgend welche Ansprüche auf Finderlohn zu stellen, dem Pförtner ablieferte, so daß der Professor nach mehrstündigem, verzweifelten Herumsuchen und Kopfzerbrechen wieder in den Besitz seines teuren Kleinods gelangte.

Der Gelehrte wartete nun in der Gastwirtschaft des Bahnhofes die ganze Nacht hindurch auf die Ankunft des D-Zuges, der seine Brieftasche mitbrachte. Um fünf Uhr morgens war es so weit, daß er das schon verloren geglaubte Geld wieder an sein Herz und in die obere Rocktasche drücken durfte. Mit dem Ausdruck herzlichster Dankbarkeit erstattete er nachträglich die Gebühr für das gehaltene Ferngespräch mit Regensburg, zahlte die Zeche und begab sich zum Bahnhofsvorstand, wo gerade das Gepäck des Gelehrten, das man in Wittenberg aus dem Wagen genommen und mit einem in die Gegenrichtung fahrenden Zuge wieder nach Leipzig zurückbefördert hatte, zur Ausfolgung an den Eigentümer bereitgestellt wurde. Dr. Robert Ramgarn nahm also, sichtlich gerührt, von der fabelhaften Organisation und Zuverlässigkeit des reichsdeutschen Eisenbahnapparates, seine Koffer und Bündel in Empfang, schleppte sich damit auf den Perron hinaus und hinein in einen Wagen des noch stehenden Zuges. Denn wie man weiß, pflegen die D-Züge in Leipzig längeren Aufenthalt zu nehmen.

Der Gelehrte hatte das Glück, ein leeres Abteil ausfindig zu machen, darin er sein ganzes Hab und Reisegut bequem ausbreiten konnte. Mit viel Umständlichkeit tat er dies auch, holte sein Notizbuch aus der Tasche und schrieb sich jeden Gegenstand fein säuberlich auf, verglich dann einige Male das Vermerkte mit dem Vorhandenen und überzeugte sich, daß er dieses Mal auch nicht das Geringste vergessen hatte. Alles war da: die Brieftasche, die zweite Brille, der Regenschirm, die Galoschen, die Bücherkiste, ein Paket mit Wäsche, die Handtasche, die Thermosflasche, das Plaid und das kleine Gepäckstück, das er für einen Kollegen von der Berliner Fakultät von einer bekannten Wiener Familie zur Besorgung anvertraut erhalten hatte. Froh, alle seine Schafe endlich und glücklich beisammen zu haben, stieg er noch einmal aus dem Zuge, um sich ein Morgenblatt zu kaufen. Als er dieses entfaltet hatte, fesselte ihn ein Artikel auf der zweiten Seite derart, daß er im Banne der Lektüre vergaß, seinen Wagen wieder zu betreten. Einen Augenblick lang packte ihn wieder die Angst um sein Gepäck. Aber da überdachte er, daß er alles in bester Ordnung in dem Abteil aufgestapelt hatte und daß absolut nichts fehle — und er zählte langsam und bedächtig jeden einzelnen Gegenstand nach, bis er plötzlich auffah und bemerkte, daß der Zug soeben aus der Halle fuhr und er diesmal vergessen hatte — sich selbst in den Zug zu setzen.

Bunte Zeitung.

⊙ **Warum bringen Hufeisen Glück?** Die glückbringende Bedeutung des Hufeisens ist einer der verbreitetsten Aberglauben und selbst in den aufgeklärten Großstädten findet man wohl noch hier und da an der Schwelle des Hauseingangs solch ein Glückszeichen. Man hat den Ursprung dieser Vorstellung in der Antike gesucht und auf die Rosse des griechischen Seegottes Neptun hingewiesen, die für heilig galten. Aber das glückbringende Hufeisen ist im eigentlichen Sinne ein germanischer Glaube und daher am natürlichsten aus der altgermanischen Rosseverehrung herzuleiten. Wodan ist das Pferd heilig, und in den altdeutschen Sagen, die den Göttervater unter der Gestalt des wilden Jägers feiern, spielt auch das Hufeisen seines Pferdes eine wichtige Rolle. Auch der Stoff war schon bedeutungsvoll, denn Eisen galt als ein Schutzmittel gegen böse Geister, gegen Krankheiten und Dämonen. Selbst die Nägel, mit denen das Hufeisen befestigt wird, hatten einen segenspendenden Einfluß. Etwas Geheimnisvolles lag auch in der Form des Hufeisens; es wurde nämlich im Zusammenhang mit dem mystischen Zeichen des „Drudenfußes" gebracht. Wie dieser nur wirksam ist, wenn seine offene Seite nach außen, die Spitze nach innen gerichtet ist, so glaubt man auch, daß das Hufeisen nur dann böse Geister und Unheil abwehrt, wenn es mit der Öffnung nach außen aufgenagelt wird. Wenn ein Hufeisen Glück bringen soll, dann muß es nach einer anderen Sitte gefunden sein und genau so befestigt werden, wie es im Augenblick des Findens lag. Übrigens hat die Kirche schon früh im Mittelalter den heidnischen Glauben übernommen, und es finden sich häufig Hufeisen in und an Kirchen. Es gibt auch einen besonderen Heiligen, dem das Hufeisen geweiht ist, nämlich St. Eligius, den Hufschmidt, und die „Legende vom Hufeisen", der Goethe eine so schöne dichterische Form verliehen hat, läßt auch Christus seine Aufmerksamkeit auf das am Wege liegende Hufeisen richten, das dadurch seinen besonderen Glanz erhielt.

○ **Tarockspieler zwischen Prag und Wien.** Im „Prager Tagblatt" findet sich folgender für reisende Tarockspieler hochwichtige Hinweis: Auf der Strecke Prag—Wien reisende Tarockspieler machen uns auf die folgende durch die Zollrevision notwendige Maßnahme aufmerksam: Von Prag bis Gmünd darf man nur mit tschechoslowakisch abgestempelten Karten, von Gmünd bis Wien nur mit österreichisch abgestempelten Karten spielen. Die tschechoslowakischen Karten dürfen nicht nach Österreich, die österreichischen nicht in die Tschechoslowakei. Es empfiehlt sich deshalb, auf der Reise von Prag die österreichischen Karten in Gmünd bei der Zollrevision zu hinterlegen, die die jeweils notwendigen Karten ausfolgt.

○ **Der bedauernswerte Barbier.** Der Major v. P. war in recht guter Vermögenslage, und da er sehr gutherzig war, so machte er von seinen Mitteln u. a. auch den Gebrauch, daß er den jungen Leutnants gern und oft Geld lieh, ohne je an die Rückzahlung zu mahnen. Aber auch anderen Menschen gegenüber war er stets hilfsbereit. Als er sich einstmals die Haare schneiden ließ, seufzte und stöhnte der Friseur jämmerlich um ihn herum. Auf die mitleidige Frage, was ihm denn eigentlich fehle, klagte dieser, daß ihm in der Nacht Zwillinge geboren seien, und darauf wäre er nicht eingerichtet gewesen. Sofort schenkte ihm der gutherzige Major 100 Mark. Gerührt dankte der Haarkünstler, und fügte dann, nachdem er das Geld eingesteckt, noch hinzu: „Ja, Herr Major, und das Schlimmste ist, daß nicht meine Frau, sondern meine unverheiratete Schwägerin, die bei uns wohnt, die Zwillinge gekriegt hat." Von da an wurde Herr v. P. in seiner Hilfsbereitschaft etwas vorsichtiger.

gelischen Vereinshauses eine Sitzung ab. Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung, die aus dem heutigen Anzeigenteile zu ersehen ist, darf auf recht zahlreichen Besuch gerechnet werden.

Verbandstag des Verbandes landwirtschaftlicher Genossenschaften. Der gestrige außerordentliche Verbandstag des Verbandes landwirtschaftlicher Genossenschaften fand unter reger Beteiligung statt. Es erfolgte die Annahme der neuen, dem polnischen Gesetz angepaßten Verbandssatzung. Unter dem Punkt „Verschiedenes" begann eine lebhafte Aussprache über Genossenschafts- und Geldfragen, zu denen Bankdirektor Hallstein in längeren Ausführungen Stellung nahm. Mit dem Wunsche des Zusammenhaltens und der Mahnung zur stärkenden Einigkeit schloß Verbandsdirektor Ökonomierat Hüneraský die Tagung.

Der Vortrag von Dr. Meister über E. T. A. Hoffmann am Freitag fällt diesmal aus.

Kulturfilmvorführung. Es wird nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß heute abend 8 Uhr im großen Saal des Evangelischen Vereinshauses die zweite Kulturfilmvorführung stattfindet. Eintrittskarten sind zu 300 und 400 Mk. an der Abendkasse zu haben.

X **Einbruchsdiebstähle.** Aus einer Wohnung des Hauses ulica Matejki 65a (fr. Neue Gartenstr. wurden ein schwarzer Rockanzug, ein dunkelblauer Anzug, ein grauer Rockanzug, ein schwarzer Winterüberzieher, ein Sommerüberzieher und eine goldene Damenuhr mit Kette im Werte von 1½ Millionen Mk. gestohlen. Aus dem Optikerladen ulica Półwiejska 38a (fr. Halbdorfstr.) wurden Kneifer, Messer, Scheren und elektrische Lampen im Werte von 100 000 Mk. gestohlen. Aus der Badeanstalt in der Św. Marcin 5 (fr. St. Martinstr.) wurde ein Fuchskragen im Werte von 200 000 Mk. gestohlen.

---

hm. Buk, 23. November. Das Grundstück der Witwe Franke mit Gastwirtschaft ist durch Verkauf in polnischen Besitz übergegangen. — Nach erfolgtem Ausverkauf seines Geschäftes mit Fahrradhandlung ist der Uhrmachermeister Richard Feist nach Krefeld im Rheinland ausgewandert. — In der Umgebung von Buk versuchten zwei unbekannte Männer in Militäruniform Pferdedecken und sonstige Gebrauchsgegenstände zu verkaufen, über deren Erwerb sie sich nicht ausweisen können; es wäre erwünscht, daß die beiden festgehalten und der Behörde übergeben würden. Bisher ist ihnen ein Verkauf noch nicht gelungen.

* **Bromberg, 22. November.** Am Sonnabend kamen in einen Laden der Luisenstraße drei Personen, ein Mann und zwei Frauen, die deutsche Zigaretten zum Kauf anboten. Nachdem das Kaufgeschäft erledigt war, erschienen bald darauf in dem Laden zwei Männer, die sich als Kriminalbeamte ausgaben. Sie beschlagnahmten die Zigaretten, 15 000 Stück, und verschwanden damit. Es gelang der Kriminalpolizei, diese beiden falschen Kriminalbeamten — es handelt sich um einen Stanislaus Lepartowicz, Posenerstraße 10, und einen Stanislaus Kaminski, Nakelerstraße 16 — sowie auch die drei Verkäufer der Zigaretten, einen Mann namens Jan Jeszczerski und zwei Frauenspersonen namens Klara Hössowna und Julia Babinska, festzunehmen. Sie wurden dem Untersuchungsrichter zugeführt. Vermutlich handelt es sich um geschmuggelte Ware. — Der Kriminalpolizei gelang es, einen Taschendieb in der Person eines Bronislaus Najdowski, wohnhaft Verlängerte Rinkauer Straße 12, zu verhaften. Er hatte am 15. d. M. einem Feldwebel Niemczyk eine Brieftasche mit 30 000 Mark Inhalt gestohlen. Ferner wurde ein gewisser Kasimir Budnis verhaftet, der dem Lehrling Kurt Oryszów, wohnhaft Wilhelmstraße 19, 4900 Mark gestohlen hatte.

* **Berent, 22. November.** Eine reiche Erbschaft aus Amerika ist einem Soldaten vom hiesigen Bezirkskommando P. K. U. mit Namen Manowski zugefallen. Er hat nämlich nach der „Dirsch. Ztg." von einem dort verstorbenen Verwandten die stattliche Summe von 70 000 Dollar geerbt, d. i. in Polenmark umgerechnet eine Summe von 980 Millionen, also nahezu eine Milliarde.

* **Culm, 22. November.** Der 16jährige Pferdebursche Jan Sadowski des Ritterguts Stablewitz wurde mit einem Fahrzeug nach Bahnhof Unislaw geschickt, um jemand abzuholen. Durch den Pfiff einer Lokomotive erschraken die Pferde, bäumten sich, zogen zurück, und dabei fiel Sadowski vornüber zwischen die Pferde und wurde von ihnen getreten. Trotzdem ärztliche Hilfe bald zur Stelle war, konnte diese ihn nicht mehr vom Tode retten, denn er verschied bald darauf.

* **Graudenz, 22. November.** Ein gutes Geschäft wurde beim Abbruch eines alten Wohnhauses am Tuscherdamm gemacht. Es war wegen Unterlassung der notwendigen Reparaturen nicht mehr bewohnbar und wurde für einige hunderttausend Mark zum Abbruch verkauft. Der Käufer erzielte aus den brauchbaren Ziegelsteinen, die mit 25 000 M. das Tausend zu bewerten sind, für die Dachsteine, die rd. 100 000 M. kosten und für die noch brauchbaren Dachplatten und sonstiges Holzwerk einige Millionen Mark. Als Wohnung konnte das Haus nicht mehr verwendet werden und brachte daher keine Verzinsung.

* **Konitz, 22. November.** Über die verirrte Gewehrkugel teilen die „Konitzer Nachr." noch folgendes mit: „Eine weitere Gewehrkugel schlug bei Herrn Brauereibesitzer Lig durch ein Fenster und prallte am Pianino ab. Gleichfalls gelangte ein zweites Geschoß in das Kontor der Firma Stamm u. Steinhilber. Wie wir feststellen konnten, hat unser Militär vom Ackerhof aus ein Schrotschießen veranstaltet und den Bahndamm als Kugelfang benutzt. Man muß sich nun fragen, wie es überhaupt möglich ist, nach der Stadt zu mit scharfer Munition zu schießen. Allemal geht es nicht so günstig ab."

Mp. Margonin. 23. November. Am 17. d. Mts. wollte ein Passagier des jahrplanmäßigen Zuges Posen—Bromberg der auf der Station Golantsch ausgestiegen war, nochmals den Zug besteigen, um seine Handtasche zu holen die er im Abteil vergessen hatte. Durch einen Fehltritt geriet der Unvorsichtige unter die Räder des Zuges und wurde vollständig zerstückelt. Der Getötete war der Mühlenbauer Rochalski aus Margonin. — Dem Majoratspächter Rohde in Salaszewo bei Margonin wurden in der vorigen Woche 4 Kutschgeschirre gestohlen. Der Dieb wurde aber bald in der Person eines Einwohners desselben Dorfes ermittelt. — Einer Witwe J. hier wurde eine fette Gans gestohlen. Der Dieb wurde ermittelt und ihm die Beute wieder abgenommen.

pm. Samter, 23. November. In der hiesigen evangelischen Kirche findet am Totenfestsonntag, nachmittags 3 Uhr die feierliche Einweihung der Gedächtnistafel für die im Weltkriege aus den verschiedenen Ortschaften der Kirchengemeinde 132 Gefallenen statt.

p. **Schroda, 23. November.** Die Burschen, die auf dem Wege zwischen Gaj und und Losciejewo die 60 Fernsprechisolatoren zertrümmert haben, sind dank der Bemühungen der Kriminalpolizei festgenommen worden. Es handelt sich um Schuljungen, wie sofort vermutet wurde.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

* **Lodz, 20. November.** Ein furchtbarer Racheakt wurde in Chojno verübt. Der an der Nowo Krokus-Straße wohnhafte Josef Luczynski, 29 Jahre alt, lud zu einem Gastmahl einen gewissen Bronisław Borowski ein. Luczynski bewirtete den Erschienenen auf das Freundschaftlichste und nachdem die beiden des Guten recht viel genossen hatten, wandte sich L. plötzlich an seinen Gast mit den Worten: „So kann es nicht mehr länger gehen", worauf er eine Handgranate, die er verborgen hatte, herauszog und zu Boden warf. Man kann sich vorstellen, welche furchtbare Wirkung dieses zur Folge hatte. Josef Luczynski brach sofort als Leiche zusammen, seine Frau Kazimiera, sowie die Kinder: der sechsjährige Władysław und der zweijährige Mieczysław stürzten zu Boden, wo sie bewußtlos liegen blieben. Borowski, der bei der furchtbaren Tragödie Verletzungen davontrug, flüchtete in eine Kammer und versuchte Selbstmord zu verüben, woran man ihn jedoch hinderte. Er wurde nach dem städtischen Hospital nach der Drewnowskastraße überführt, die Kinder hingegen in das Anne Marie-Hospital gebracht. Anlaß zu dieser scheußlichen Mordtat gab Borowski, der mit der Frau des Luczynski im intimen Verkehr stand. Nachdem der betrogene Ehemann von diesem Verhältnis erfahren hatte, sann er auf Rache. Durch das Niederwerfen der mit Nägeln gefüllten Handgranate wurde das Häuschen, in dem Luczynski wohnte, in Brand gesetzt, so daß die Feuerwehr gerufen werden mußte, die unter den Trümmern die Schwerverletzten hervorholte und den Brand löschte.

□ **Danzig, 24. November.** Am Donnerstag früh hat sich, dem „Dep. Poranny" zufolge, der Leutnant der polnischen Kriegsmarine, Dyrna, erschossen.

Lebensnotwendigkeit

ist heutzutage mehr denn je das Lesen einer gut unterrichteten, großzügig geleiteten, reichhaltigen Tageszeitung, die sowohl zu den großen politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Fragen der Gegenwart mannhafte Stellung nimmt, als auch den kleineren Begebenheiten des Alltags diejenige Beachtung schenkt, die das öffentliche Interesse erfordert.

Wer eine solche Notwendigkeit

außer acht läßt weil ihm vielleicht das Abonnement zu teuer geworden ist — auch die Zeitung kann bei der allgemeinen Geldentwertung nicht mehr billig sein — oder weil er glaubt, während sonstiger Ablenkungen keine Zeit zum Zeitungslesen mehr zu haben, der schadet sich und seinem Volkstum in nicht wieder gut zu machender Weise, denn er verliert dabei den Faden der Geschehnisse und tappt ganz und gar im Dunkeln.

Auf dem Laufenden bleiben

aber ist unbedingt notwendig, und dies erreichen Sie am sichersten durch ständigen Bezug des **„Posener Tageblattes"**, auf das jederzeit Bestellungen entgegengenommen werden durch jedes Postamt, jede Zeitungsagentur sowie die **Hauptgeschäftsstelle, ul. Zwierzyniecka 6, in Posen.**

Aus dem Gerichtssaale.

* **Graudenz, 23. November.** Wegen Geldschmuggels hatte sich vor der hiesigen Strafkammer ein gewisser Robert Bloch aus Buk Goralski zu verantworten. Bloch hatte s. Zt. bei einem Grenzübertritt angegeben, er habe nur 200 000 Mark bei sich. Bei einer näheren Untersuchung ergab es sich daß er 1 Million bei sich führte. In Anbetracht dessen daß Bloch absichtlich den Staat schädigen wollte, wurde er zu 200 000 Mark Geldstrafe bezw. 1 Jahr Gefängnis verurteilt und die 1 Million Mark als der Staatskasse verfallen erklärt.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich aber ohne Gewähr erteilt. Briefliche Auskunft erfolgt nur ausnahmsweise und wenn ein Briefumschlag mit Freimarke beiliegt.)

J. B. 100. 1. Solange die Auflassung nicht erteilt ist, kann ein Kaufvertrag immer noch, natürlich nur unter wichtigen Gründen rückgängig gemacht werden. Die Fragen 2, 3 und 4 müssen Sie sich von der Abteilung Abwanderung des deutschen Generalkonsulats in Posen, Aleje Chopina 3a (fr. Kirchbachallee) beantworten lassen. 4. Darüber sind bisher noch keine anderweitigen Bestimmungen getroffen worden. 5. 200 M. und 50 M. 6. Bei Ihrem zuständigen Finanzamt. 7. Wenn wir Ihnen die Frage wo und wie man gegenwärtig in Deutschland am schnellsten eine Wohnung erhält, beantworten könnten, dann wäre uns der Ruhm der Unsterblichkeit gewiß.

Dr. Kr. Darüber sind bisher noch keinerlei Bestimmungen getroffen worden.

Kleinrentner. Wir werden Ihrem Wunsche unter den obwaltenden Umständen gern entsprechen. Ihr Testament hat vor wie nach seine Gültigkeit.

Danziger Mittagskurse vom 24. November.

Polnische Mark in Danzig .. 42¾—43

Dollar in Danzig .... 7050—7150

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Kurse der Posener Börse.

Offizielle Kurse:	21. November	23 November
4proz. Präm.-Staatsanl. (Miljonówka)	175 +	170 +
Kwilecki, Potocki i Ska.	750-850 +N	940-975 +A
Bank Przemysłowców	900—870 +N	900—920 +A
Bank Zjednoczenia	275 +N	——
Bank Zw. Spółek Zarobk. I.-X. Em.	1200—1250 +N	1200—1100 bis 1150 +
Polski Bank Handlowy, Poznań	1000—1050 +N	1200—1300 +N
Pozn. Bank Ziemian I.—IV. Em.	530-600-600 +A	650—550 +A
Wielkopolski Bank Rolniczy	400 +N	400—450 +N
Arcona (exkl. Zukaufsrecht)	1600 +A	1700—1800 +A
Bydgoska Fabryka Mydeł	750—800 +N	800 900 +N
R. Barcikowski	520—500 +N	500-575-550 +N
Browar Krotoszyński	—.—	4200 +N
Brzeski Auto I.—II. Em. (exkl. Kup.)	650 +N	700 +N
H. Cegielski I.—VIII. Em.	3350—3750 +N	3900—4250 bis 4100 +A
Centrala Rolników I.—V. Em.	390-450-400 +A	400—475 +N
Centrala Skór (exkl. Kup.)	1300—1450 bis 1400 +N	1500—1575 bis 1500 +A
Dębienko	1600—1650 +N	1800—1850 +N
C. Hartwig	700—725 +N	800-900-850 +
Hartwig Kantorowicz (ex Zukaufsr.)	2500—2600 +N	2650 +N
Homosan I.—III. Em.	——	600 +N
Hurtownia Drogeryjna	285-300-290 +	300 +N
Hurtownia Związkowa	250 +A	300 +A
Hurtownia Skór I.—II. Em.	850 N	950—925 +
Herzfeld-Viktorius	1900—2150 bis 2000 +	2000—1900 +N
Juno (exkl. Kup.)	1100—1050 +A	1050—1000 +
Luban, fbr. przetw. ziemn. (exkl. Kup.)	9300—10500 +	10100-12000 +N
Dr. Roman May	5400—5500 +A	5500—5100 +
Młyny i Tartaki Wągrowieckie	1500—1600 +N	1700—1800 +
Młyn Ziemiański	2000—1950 +A	1900—1950 +A
Orient	420-450-440 +N	450—500 +N
Płótno	900—950 +N	1100—1200 +N
Papiernia, Bydgoszcz	800—875 +N	1000 +N
Patria (exkl. Zukaufsrecht)	1100 +A	1200—1300 +A
Pozn. Spółka Drzewna I.—V. Em.	1800—2000 bis 1900 +A	2100—1900 bis 1950 +A
Spółka Stolarska (exkl. Zukaufsrecht)	1600 +A	1700 +A
Sarmatia I.—II. Em.	1300—1250 +	1200 +A
Słoma (exkl. Zukaufsrecht)	450 +N	500—550 +N
Tri	450—500 +N	600—650 +N
„Unja" (früher Bentzki) I. u. II. Em.	2600—2850 bis 2700 +A	2750—2800 +A
Waggon Ostrowo	950—900 +A	900—950 +A
Wisła, Bydgoszcz	3100 +	3300—3200 +N
Wytwórnia Chemiczna I.—III. Em.	900—850 +N	900—850 +N
Żar I. u. II. Em.	7000 +N	——
Zjedn. Browary Grodziskie	1650—1700 +A	1700 +A

Auszahlung Berlin 265—267½. Umsatz: 28 520 000 dtsch. Mark

A — Angebot, N — Nachfrage, + — Umsatz.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 24. November 1922.

(Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kg. bei sofortiger Waggon-Lieferung.)

Weizen	54 000—56 000	Roggenkleie	15 200
Roggen	31 000—32 000	Fabrikkartoffeln	2 600
Braugerste	34 000—35 000	Speisekartoffeln	—.—
Hafer	31 500—32 000	Felderbsen	—.—
Weizenmehl 65% (inkl. Säcke)	79 000—81 000	Viktoriaerbsen	—.—
Roggenmehl 70 (inkl. Säcke)	48 000—49 000	Getreidestroh, lose	8 500
		„ gepr.	10 000
Weizenkleie	15 200	Heu, lose	8 000
		„ gepr.	9 500

Gänzlicher Zufuhrmangel verursachte Preissteigerung. — Stimmung: fest.

Berliner Börsenbericht

vom 23. November.

Diskonto-Komm.-Anleihe	2800.—	Polnische Noten	39.50
Danziger Priv.-Aktienbank	1050.—	Auszahlung Holland	2430.—
Hartmann Masch.-Aktien	4000.—	„ London	28 250.—
Phönix	13900.—	„ Neuyork	6287.—
Schuckert	6000.—	„ Paris	45 250.—
Hapag	2075.—	„ Schweiz	118 500.—
3½% Pos. Pfandbriefe	—.—	Ungarische Goldrente	10 200.—
Auszahlung Warschau	39.50		

Spenden für die Altershilfe.

Aus der evangelischen Kirchengemeinde Bnin durch Pfarrer Hein	43 300,— M.
Hugo Kindler	5 000,— „
Major von Oertzen Pepowo	10 000,— „
Gustav Hartring, Zasutowo	2 000,— „
Rittergutsbesitzer Kurt Jacobi-Trzcionka	10 000,— „
	250 300.— M.
Vortrag aus Nr. 265	1 625 496.— „
zusammen	1 875 796.— M.

Auswärtige Spender können portofrei auf unser Postscheckkonto Nr. 200 283 Poznań einzahlen bezw. überweisen, dies aber auf dem Abschnitt ausdrücklich vermerken.

Weitere Spenden nimmt gern entgegen und erbittet

die Geschäftsstelle des Posener Tageblattes.

Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Loewenthal.
Verantwortlich: für den politischen Teil: Dr. Martin Meister; für Lokal- und Provinzialzeitung: Rudolf Herbrechtsmeyer; für den übrigen unpolitischen Teil: Dr. Wilhelm Loewenthal; für den Anzeigenteil: M. Grundmann. Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., sämtlich in Poznań.

Ankäufe u. Verkäufe

Gut
oder Fabrik, Haus, Villa, auch Beteiligung usw., sucht (ohne Vermittler) vermögender Amerikaner, bei jeder Auszahlung. Gefl. Angeb. unter Nr. 81174 an Kurjer Poznański, Poznań. (409

Eisenhandlung
zu kaufen gesucht. Angeb. m. Ang. d. Warenlagers u. Preis u. C. S. 4132 a. d. Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Kaufe Pianino
gebraucht, gut erhalten. Gefl. schriftl. u. telephon. Off. u. G. 2716 an Wielkopolska Agencja Reklamy, św. Marcin 40. Tel. 2256. (425

Sehr gut erhaltene
Kinder-Spielsachen
(für 8—12 jähr. Kinder) aus Privathand zu kaufen gesucht. Birner, Poznań, Polna Nr. 3 III. 4111

Landwirtschaft,
107 Morg. groß, gut. Boden, massive Gebäude, 3 Kilomtr. von Bahn gelegen, gleich zu verkaufen od. z. vertauschen. Auskunft erteilt:
Lakomy, Glogau.

Geldschrank,
gut erhalten, zu verkaufen bei
Schach,
Poznań, ul. Rybaki 2 g, zwischen 5—6 Uhr n. (4140

Empfehle
Schellack, echt, Fritzes Lackfußbodenfarbe, Emaillelack, weiß, Wagen- und Schleiflacke, Leinölfirnis, Tischlerleim, Glaspapier (362
allerbilligst.
Nowa Drogerja
Poznań, ul. Wrocławska 38.

Gut erhaltenes französisches
Billard
mit 3 Elfenbein-, 3 Massebällen und 10 Queues steht preiswert zum Verkauf b.
Otto Reich, Rawicz,
ul. Paderewskiego 173.

Zu verkaufen:
1 Fehpelz,
2 Paar Schlittschuhe,
1 Rodelschlitten,
1 Kinderschaukel, (4137
1 Flaschenkühler,
1 Paar Rollschuhe.
Poznań, ul. Grunwaldzka Nr. 33, im Laden.

Fensterglas
in allen Sorten.
Glaserkitt, Glaserdiamanten, Bilderleisten
liefert L. Zippert, Gniezno.

Zeitungsausträger,
Frauen oder schulfreie Kinder werden für die Innenstadt sofort eingestellt. 9442
Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt
ulica Zwierzyniecka 6.

Unsere Annoncen-Expedition
nimmt alle für auswärtige Zeitungen und Zeitschriften bestimmten Anzeigen entgegen und vermittelt diese ohne Kostenaufschlag zu Originalpreisen.
Posener Buchdruckerei u Verlagsanstalt T. A.
POZNAŃ, ulica Zwierzyniecka 6.